

rundschreiben
02/22



medico international



Was tun?

Sri Lanka, Palästina, Haiti - geht nichts mehr? / Das Dilemma der WHO / Ringen um ein Weltgedächtnis

Titelbild: „Wir können das Blut nicht abwaschen“ hieß die Performance der Aktivistinnen Natalja Perowa und Ljudmila Annenkowa Ende Mai 2022 vor dem russischen Außenministerium in Moskau. Foto: Sota/Facebook

Fotos der Autor:innen:
medico, Privat

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
D-60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,
Mario Neumann, Christian Sälzer
Korrektorat: Silke Weidner
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 02/22

4 Editorial

- 6 **Hunger mit System**
Ukraine-Krieg und globale Ernährungskrise

ABSTURZ UND AUFSTAND

- 12 **Kein Öl, kein Reis, kein Strom**
Sri Lanka zwischen Krise, Protest und Neuanfängen
- 15 **Patente töten weiter**
Warum der Waiver-Kompromiss keine Lösung ist
- 16 **Es geht um Anerkennung**
Palästinensische Zeugenschaft und Imagination
- 18 **Undurchdringliche Grenze**
Dominikanische Abschottung gegenüber Haiti
- 21 **Vögel, die vom Himmel fallen**
In Indien wird die Klimakrise drastisch real
- 24 **Projekte Projektionen**
Libanon, Netzwerk zu Klimagerechtigkeit, Kenia

REISEBERICHTE AUS DEM GLOBALEN HANDGEMENGE

- 26 **Eine Welt auf den Schultern**
Ums Überleben, für Rechte: Kämpfe von Frauen in Südafrika
- 31 **Zwischen Neustart und Krise**
Multilateralismus und die Weltgesundheitsversammlung
- 34 **Kein Provisorium**
Zehn Jahre Rojava: Stets bedroht, stets Hoffnungsträger
- 40 **Von den Barrikaden zur neuen Verfassung**
Chiles Weg zur weltweit progressivsten Verfassung
- 44 **Tief im Westen**
Wie in der Ukraine Zuflucht und Hilfe organisiert wird
- 50 **Holocaust und Weltgedächtnis**
Interview mit Charlotte Wiedemann über Erinnerungspolitik
- 54 **medico aktiv**
G7-Protest, Kosmopolitismus-Symposium, medico-Umfrage
- 56 **Bestellen & Verbreiten**
- 58 **Spenden & Stiften**

Vor dem „Was tun?“ steht die Anerkennung der eigenen Ohnmacht

Liebe Leser und Leserinnen,

„Was tun?“ ist eine Frage, die sich heute in vielfacher Hinsicht auftut. Die Moskauer Künstlerinnen, die sich in das Stadtzentrum stellten und an ihren Körpern und ihren weißen Kleidern der Unschuld blutrote Farbe trugen, haben sie in ihrer Zerbrechlichkeit aufgeworfen. Sich an den Händen fassend, was nichts an ihrer Fragilität ändert, weisen sie jede Unschuldsumutung von sich. Das rote Blut, das Blutrote lässt sich nicht mehr abwaschen. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine beschmutzt alle Bürger:innen Russlands – so ohnmächtig sie dem Geschehen auch gegenüberstehen mögen – für immer. Wer sich das Foto der beiden Frauen anschaut, sieht nicht das Böse, das in der Berichterstattung über den Krieg des Kremls gegen die Ukraine gern allem Russischen zur Last gelegt wird. Ihre fassungslose Ohnmacht angesichts der Unmöglichkeit zu handeln, was jede:n zugleich mitverantwortlich für die Verbrechen macht, ist eine über den Krieg hinausweisende Figur. Zugleich gehen sie ein unerhörtes Risiko mit der Aktion ein. So klar die beiden Frauen mit ihrer Aktion gegen den russischen Krieg protestieren, so sehr ist das Bild, das sie abgeben, auch ein universelles.

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine missachtet nicht nur grundlegend das Völkerrecht, mit jedem Tag zeigen sich auch neue Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Darüber hinaus enthält dieser Krieg noch eine andere, schockierende Botschaft: Dass nämlich der große Krieg nicht mehr nur im Globalen Süden stattfindet, sondern nun auch die Zentren der globalisierten Welt erreicht. Der französische Philosoph Alain Badiou hat in einer Vi-

deo-Debatte von 2018 auf diese Kriegsgefahr, wenn auch nicht auf diesen konkreten Krieg, hingewiesen. Er sagt dort, dass eine ökonomisch globalisierte Welt, in der die Politik jedoch in der Hand der Nationalstaaten liegt, eine nie dagewesene Ungleichheit produziere, zugleich aber eine ungeheure Kriegsgefahr heraufbeschwöre. „Nous iron à la guerre“- „Wir bewegen uns auf einen Krieg zu.“ Wir müssten alle Kräfte zusammennehmen, um das zu verhindern, so der Philosoph damals. Er blieb ungehört.



Katja Maurer hat sowohl Lenins wie Tschernyschewskis „Was tun?“ gelesen. In Erinnerung geblieben ist ihr aber nur der Roman.

„Was tun?“ ist eine große Frage in der russischen Literatur und Politik. Es bleibt ein Rätsel, wie der Autor Nikolai Tschernyschewski mitten im rückständigen Russland des 19. Jahrhunderts aus dem Gefängnis heraus ein Buch über die sexuelle Befreiung und über die Gleichheit der Geschlechter schreiben konnte, das nichts weniger wollte, als die Revolution durch eine andere Praxis von unten durchzusetzen. Auf seinen Vorschlag einer revolutionären Lebensweise, die mit allen Konventionen bricht, nahm Lenin mit seinem „Was tun?“ ausdrücklich Bezug. Sein „Was tun?“ wiederum beschäftigte sich mit der Durchsetzung des revolutionären Bruchs, und sei es mit Terror. Die Putinsche Elite kommt aus dem sowjetischen Stalinismus und Poststalinismus, die dem Leninschen „Was tun?“ folgten – und auf immer einen schweren Schatten auf die Revolution im klassisch-marxistischen Sinne werfen. „Was tun?“ bleibt also eine offene Frage.

In diesem Heft wird an verschiedenen Stellen deutlich, dass es nicht damit getan ist, den russischen Angriffskrieg zu verurteilen und die Hände in Unschuld zu waschen. In den „Peripherien“ der westlichen Welt herrscht eine strukturelle Gewalt, die global organisiert ist und dazu dient, unsere Privilegien abzusichern. Das Anrennen gegen eine unerträgliche Wirklichkeit, ohne sie ändern zu können, ist Teil des von Badiou aufgeworfenen Widerspruchs zwischen nationaler Politik und globaler kapitalistischer Ökonomie. Die Beispiele in diesem Heft reichen von Sri Lanka über Palästina bis nach Haiti und Südafrika. „Was tun?“ ist eine Frage ohne Antwort. Aber Spuren einer Antwort zeigen sich in der Selbstbehauptung der Kämpfe und einzelner Kämpfender. In einem Rojava, das im Zeichen seiner Unmöglichkeit die Idee einer demokratischen Autonomie fortsetzt, oder in Chile mit seinem Aufstand und dem ihm folgenden verfassungsgebenden Prozess. Der entstammt dem Lehrbuch für eine demokratische Revolution. Dass ein Weltgedächtnis ohne Hierarchie des Leids eine Voraussetzung für eine friedlichere globale Ordnung sein könnte, ist ein zentraler Punkt in dem Gespräch mit Charlotte Wiedemann am Ende dieses Heftes. Auch ein Anknüpfen an die Frage: „Was tun?“.

Herzlichst Ihre



Hunger mit System

Der Ukraine-Krieg verstärkt die dramatischen Ernährungskrisen im Globalen Süden. Ihre Ursachen liegen jedoch tiefer

Von Radwa Khaled-Ibrahim

Ich schaue auf meine Hand. Sie ist nicht besonders groß. Ich stelle mir ein Fladenbrot vor, klein wie meine Hand. Kürzlich kursierten Bilder aus Ägypten von Menschen, die ein Fladenbrot auf der Hand halten. Es kostet so viel wie vor wenigen Wochen, doch es ist nur noch halb so groß. Ich erinnere mich, wie die ausgestreckten Hände mit Mini-Fladenbrot vor elf Jahren erst zu Fäusten und dann rhythmisch zu den Rufen „Brot, Freiheit, Würde“ in die Luft gereckt wurden. Im Arabischen ist der Ruf ein a-b-a-Reim, die Würde hätte melodisch auch vorne stehen können. Aber es war eine bewusste Entscheidung, zuerst Brot zu fordern. Tatsächlich werden in Ägypten inzwischen im großen Stil Bohnen und Baumwolle für den Export angebaut, Weizen aber muss importiert werden. In Zeiten des Ukraine-Krieges und ausfallender Lieferungen ist das eine Katastrophe. Die Frage ist, warum die Grundversorgung in Ländern wie Ägypten, Irak, Algerien, Tunesien oder dem Libanon so stark auf Importe angewiesen ist, obwohl sie selbst große Anbauflächen haben. Wie konnten solch gefährliche Abhängigkeiten entstehen?

Bereits im Januar 2022, also noch vor dem Putin-Krieg gegen die Ukraine, haben die globalen Lebensmittelpreise einen historischen Höchststand erreicht. Grund ist die große „nachholende“ Nachfrage auf den Weltmärkten nach dem Abebben der Covid-19-Pandemie. Verstärkend wirkt die zunehmende Ver-

wendung landwirtschaftlicher Produkte für Biodiesel. Zudem haben Missernten das Angebot an Sojabohnen aus Südamerika, Weizen aus den USA, Kanada und der EU und Palmöl aus Malaysia verringert. Die hohen Preise für energieintensive Betriebsmittel, insbesondere Düngemittel, und die steigenden internationalen Frachtkosten tun ihr Übriges. Einige Länder haben angesichts der beschriebenen Krise Ausfuhrbeschränkungen für Weizen, Rindfleisch, Palmöl oder Düngemittel verhängt. Auch das treibt die Preise nach oben. Bereits im Februar warnte der Zusammenschluss lokaler Kleinbäuer:innen auf dem afrikanischen Kontinent, ROPPA Afrique Nourricière, im Rahmen des EU-Afrika-Gipfels vor einer drohenden Hungerkrise. UN-Generalsekretär António Guterres sprach von einem sich abzeichnenden „Hurrikan des Hungers“.

Die [Alb-]Träume einer entwickelten Welt

Über Jahrzehnte ist der Anbau von Nahrungsmitteln für die Versorgung der eigenen Bevölkerung in vielen afrikanischen Ländern reduziert worden. Der Fokus liegt stattdessen auf exportgeeigneten Nutzpflanzen. Der Export von Baumwolle, Bohnen, Blumen und Beeren bringt zwar nicht viele Devisen ein, aber eben doch mehr als die Selbstversorgung. Insofern tragen sie zum Bruttoinlandsprodukt bei, was

der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zuträglich ist. Im Zuge der Liberalisierung wurden viele Anbauflächen an private Investor:innen verkauft oder verpachtet. Spekulation wurde Teil des täglichen Falafel-Brottes.

Diese Entwicklung begann in Afrika schon mit den Strukturanpassungsprogrammen der 1970er-Jahre. Damals wurden die afrikanischen Märkte mit stark subventionierten europäischen Agrarüberschüssen überflutet. Lebensmittel waren so günstig wie nie. Mit den künstlich niedrigen Preisen konnten die heimischen Produkte aber nicht mithalten. Lokale

Im Zuge der Liberalisierung wurden viele Anbauflächen an private Investor:innen verkauft oder verpachtet. Spekulation wurde Teil des täglichen Falafel-Brottes.

Märkte wurden zerstört, Abhängigkeiten geschaffen. Seit den 2000er-Jahren gibt es ein neues Instrumentarium: Economic Partnership Agreements (EPAs). EPAs sind Handels- und Entwicklungsabkommen zwischen der EU und Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean, den sogenannten AKP-Staaten. Angeblich sollen sie zu einer verantwortungsvollen wirtschaftspolitischen Steuerung beitragen. Tatsächlich sind etwa die Abkommen zwischen der EU und afrikanischen Ländern Teil einer modernisierten globalen Ausbeutung. Ein typisches EPA verlangt die Öffnung der Märkte für praktisch alle Einfuhren aus Europa. Eine „Stillhalteklausele“ verpflichtet die afrikanischen Staaten dazu, ihre

Einfuhrzölle für EU-Produkte einzufrieren. Eine dritte typische Komponente ist die „Meistbegünstigungsklausel“: Sie macht es afrikanischen Staaten zur Pflicht, der EU die gleichen Zölle anzubieten, die sie auch anderen wichtigen Handelspartnern anbieten. Das verhindert die Entwicklung regionaler Märkte für afrikanische Kleinbäuer:innen. Die Abkommen gehen so weit, dass sie Bäuer:innen daran hindern, Saatgut zu speichern und zu tauschen – was sie in die Abhängigkeit von transnationalen Saatgutunternehmen treibt.

Die Ideologie der Freiheit

„Freihandel“ ist ein Euphemismus für die Prämisse, die solchen Abkommen zugrunde liegt, denn sie verwechselt die Abwesenheit von staatlicher Regulierung mit Freiheit. Die Realität ist ein wilder Handel, der Menschenrechtsstandards ignoriert und die Bedürfnisse transnationaler Konzerne und Investitionen bedient. So tragen EPAs zu Landgrabbing bei: Je profitabler die Produktion im Globalen Süden wird, umso mehr gerät der lokale Agrarsektor unter Druck und wird der Anbau auf den Export für den „globalen Verbrauch“ umgestellt. Dieser macht jedoch nur kleine Minderheit satt. Der „Freihandel“ setzt einen Großteil der Bevölkerungen des Globalen Südens in Konkurrenz zu den Konsument:innen des Globalen Nordens, deren Kaufkraft im Schnitt 60-mal so hoch ist. In den Hunger- und Unterernährungsgebieten werden wichtige Landressourcen für ein Prozent der Weltbevölkerung in Beschlag genommen. Das Überleben der Armen wird damit absichtlich und vollständig von der internationalen „Hilfspolitik“ abhängig gemacht.

Ein Widerspruch zum Traum von „Entwicklung“? Im Gegenteil. Die früheren „Millennium Development Goals“ der UN und die heutigen „Ziele für nachhaltige Entwicklung“ unter-

stützen diese Vorgänge. Denn auch in ihnen geht es nicht primär um die Ernährungssouveränität der betroffenen Länder, sondern um deren bessere Einbindung in die globalen Wirtschaftsströme. Die jüngsten Strategien globaler Ernährungspolitik sehen kleinbäuerliche Landwirtschaft noch immer als überholte Praxis an. Lebensmittel für die internationalen Märkte sollen stattdessen von einer kleinen Zahl großer, intensiv wirtschaftender Betriebe produziert werden, die wenige Menschen beschäftigen und oft durch Verträge für Saatgut und Düngemittel an globale Konzerne gebunden sind. Dieser Ansatz hat verheerende Folgen für den Zugang der Menschen zu Land, Wasser und Ressourcen, die für lokale Nahrungsmittelproduktion benötigt werden.

Der Krieg als Katalysator

All diese Widersprüche spitzen sich durch den Ukraine-Krieg massiv zu. In diesem werden Hunger und die Angst vor einer globalen Hungersnot nicht nur produziert – sie werden strategisch genutzt, als Druckmittel, als Verhandlungsmasse, als „Waffe“, die – wie der Vizechef des russischen Sicherheitsrats Dimitri Medwedew bereits im April betonte – „still, aber schrecklich“ sei. Deswegen können Getreidefrachter nicht auslaufen und werden Silos in die Luft gejagt. Getreide und Sonnenblumenöl sind zum Faustpfand geworden und jede Seite, bis hin zur türkischen, versucht herauszuholen, was für sie herauszuholen ist. Die Folgen werden tödlich sein, bald schon oder erst im Winter, in diesem Dorf oder jenem Slum. Daran wird auch die Politik des IWF, den Hunger mit „Resilience and Sustainability Trust“ für besonders vulnerable Staaten abzufedern, wenig ändern. Denn neben den schon bestehenden Schulden gehen diese Trusts, ähnlich wie die EPAs, mit Strukturanpassungsvorgaben einher – etwa der Aufhebung von Subventionen für

wichtige Lebensmittel. Hier schließt sich der Kreis.

Angenommen, es gäbe irgendeine Form von Kompromiss oder der Ukraine-Krieg wäre beendet: Die globale Ernährungsunsicherheit wäre mindestens so groß, wie sie das schon im Januar war. Denn sie ist Auswuchs einer jahrzehntelangen Politik, die es zulässt und ermöglicht, dass selbst elementarste Güter des Überlebens durchkapitalisiert und der Spekulation ausgesetzt werden. Sie sind Folge eines Weltsystems, das eklatante Ungleichheiten herstellt und Existenzgrundlagen zerstört. Globaler Hunger wird gemacht – heute mit blockierten Frachtern, jeden Tag mit Landraub und Lebensmittelspekulationen, aufgepressten Handelsabkommen und Strukturanpassungen sowie vielen anderen Zutaten des globalisierten Kapitalismus.

Was tun? Akute Hilfe ist nötig. Aber sie muss sich an ein politisches Projekt der Veränderung binden. Nur dann wird sie mehr bewirken können, als dürftige Krümel Fladenbrot zu spenden, die niemanden satt machen.



Radwa Khaled-Ibrahim ist Referentin für Kritische Nothilfe in der Öffentlichkeitsarbeit von medico. Bei einem Aufenthalt in Ägypten im Juni hat sie erlebt, wie stark die Preise dort für Grundnahrungsmittel angestiegen sind.

Absturz un

Wie weiter, wenn es nicht
Kommentare aus: Sri Lanka,

Konfrontativ: Demonstration in der Nähe des Präsidentensitzes in Colombo.

d Aufstand

weiter geht? Berichte und
Palästina, Haiti, Indien



Kein Öl, kein Reis, kein Strom

Notizen eines medico-Besuchs in Sri Lanka
zwischen Krise, Protest und Neuanfängen

Von Thomas Rudhof-Seibert

Zu Besuch bei unseren Partner:innen auf Sri Lanka wurden wir Anfang April ungeahnt und ungeplant zu Zeug:innen der Protestbewegung, die das Land weltweit in die Medien brachte. Gleichsam von einem Tag auf den anderen strömten überall im Land Hunderttausende auf die Straßen und Plätze. Auf einigen größeren und einer Vielzahl kleinerer Versammlungen verlangten sie den Sturz der mit einer kurzen Unterbrechung seit 2006 regierenden Rajapaksa-Familie. Alles sah so aus, als wäre das Ende des Regimes nur noch eine Frage von Tagen.

Am 9. Mai aber, zwei Wochen nach unserer Rückkehr nach Frankfurt, entließ das Oberhaupt der Familie, Präsident Gotabaya Rajapaksa, seinen allseits verhassten Bruder Mahinda und berief einen führenden Oppositionspolitiker zum neuen Premierminister. Fast am selben Tag brachen die Proteste ab. Paradoxerweise lag das auch an der rasant zunehmenden Verelendung des einstigen „upper middle income“-Landes: den Leuten blieb zum Protestieren buchstäblich keine Zeit mehr. Stundenlang musste und muss man für ein paar Liter Diesel oder Gas anstehen. Stundenlang wird tagtäglich der Strom abgeschaltet. Stundenlang jagt man auch den anderen Gütern des Überlebens hinterher, Reis, Brot, Pa-

pir, Medikamenten. Sind sie überhaupt erhältlich, hat sich ihr Preis in kurzer Zeit verdoppelt, in vielen Fällen verdreifacht. Nur folgerichtig, dass vielerorts der Hunger droht.

Nichts geht mehr. Geht nichts mehr?

Auf den Punkt gebracht: Sri Lanka ist pleite. Das Land verfügt über keine ausländische Währung mehr, die Rupie verliert nahezu stündlich an Wert, Notkredite aus Indien oder China reichen gerade noch für die Öl- und Gas-Importe der nächsten zwei Wochen. Die inständigen Bitten des neuen Premierministers Ranil Wickremesinghe um Reis- und Weizenlieferungen verhallen bisher ungehört, die „internationale Gemeinschaft“ hüllt sich in Schweigen. Im Land ahnen mittlerweile viele, dass der im südasiatischen Vergleich hohe Wohlstand der letzten Jahrzehnte selbst dann nicht wiederkehren würde, wenn der Absturz nach ganz unten gebremst oder gar gestoppt werden könnte. Also geht man wieder auf die Straßen und Plätze, so, wie man das Anfang April schon getan hat.

Überall kommen an beliebigen Orten plötzlich

20, 30, 80 Leute zusammen, schlagen mit Kochlöffeln auf blecherne Töpfe, fordern erneut den Rücktritt des Präsidenten, unterstreichen ihre Forderung lautstark mit dem Schlachtruf „Aragalaya!“ – „Kampf!“. Protestiert wird überall, von jungen Männern und Frauen der singhalesisch-buddhistischen Mehrheitsgesellschaft des Südens und Westens, von den deutlich ärmeren, meist hinduistischen Tamil:innen des Nordens und Ostens, von den verstreut im Land lebenden Muslim:innen, die mehrheitlich tamilisch, oft aber auch singhalesisch sprechen.

Neue Horizonte eins

Allerdings waren und sind die Proteste im Süden und Westen zahlenmäßig deutlich stärker und zugleich entschlossener als im Norden und Osten. Das liegt auch daran, dass ihre Sache enger und kompakter ist: Der Präsident soll gehen, das ökonomische Elend soll aufhören. Natürlich wollen das auch die Tamil:innen und die Muslim:innen. Doch ist deren Sache weiter aufgespannt und reicht historisch länger zurück. Tamil:innen und Muslim:innen fordern das Ende dessen, was auf Sri Lanka in englischer Sprache „majoritarianism“ genannt wird: Herrschaft der singhalesisch-buddhistischen Mehrheit über die tamilische und die muslimische Minderheit. Sie fordern, dass ihre Unterdrückung, ihre Verfolgung, ihre systematische Diskriminierung aufhört, dass die Gewalt aufhört, der die Tamil:innen seit Jahrzehnten schon ausgesetzt sind, die Muslim:innen verstärkt in den letzten Jahren. Eine Gewalt, der insgesamt nahezu zweihunderttausend Menschen zum Opfer fielen. Sie alle sind bis heute ungesühnt, weil die für die Massaker vor allem des Jahres 2009 verantwortlichen Rajapaksa-Brüder noch immer an der Macht sind. Weil sie noch 2019, bei den letzten Wahlen, mit fast zwei Dritteln wieder-

gewählt wurden, auch mit den Stimmen derjenigen, die im Süden und Westen heute den Sturz der Rajapaksa fordern.

Deshalb ist es von gar nicht zu unterschätzender Bedeutung, dass die „tamilische“ und die „muslimische“ Frage jetzt auch in den Protesten des Südens und des Westens zur Sprache kommen. Am 19. April, dem Tag, an dem die Singhales:innen „normalerweise“ den blutigen Sieg des Jahres 2009 feiern und die Tamil:innen ihre Toten beklagen, fand auf dem noch heute besetzten „Galle Face Green“ an der Küste der Hauptstadt Colombo eine denkwürdige Versammlung statt. An ihr nahmen Tamil:innen, Muslim:innen und Singhales:innen teil. Mit Kerzen gedachten alle zusammen der Toten, buddhistische Priester wuschen den Teilnehmer:innen die Füße. Geteilt wurde aber nicht nur das Gedenken, sondern auch die Forderung nach einer politischen und einer juristischen Aufarbeitung der Gewalt, nach Bestrafung der Schuldigen, derer, die geschossen haben und derer, die ihnen den Schießbefehl gaben. Werden diese Stimmen zahlreicher und lauter, kann sich auch im verarmten Sri Lanka ein neuer Horizont auftun: der Horizont einer multi- oder transethnischen, einer multi- oder transreligiösen Demokratie, die sich ihrer Geschichte stellt.

Neue Horizonte zwei

Die vielleicht nur vorübergehende Unterbrechung der Proteste nach der Ernennung des neuen Premierministers kündigt von der Hoffnung aller Sri Lanker:innen auf ein Ende des Elends. Was immer den Oppositionspolitiker Wickremesinghe zum „Seitenwechsel“ gebracht haben mag: Man traut ihm zu, mit der „internationalen Gemeinschaft“ verhandeln zu können, mit Indien, China, mit den USA,

mit der EU und allen voran mit dem IWF. Doch worüber soll der Premierminister der noch immer so genannten Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka verhandeln? Einstweilen bittet er nur um neue Kredite, um Öl, um Reis, um Medikamente. Er bittet auch um die Stundung der Schulden, die Sri Lanka sowieso nicht zurückzahlen kann. Indien ist willig, verlangt aber Gegenleistungen. China ist zurückhaltend, es heißt, die kommende Weltmacht habe ihr Interesse von Süd- auf Südostasien verlagert. Die USA halten sich freundlich bedeckt, die EU ist sowieso nicht ganz so wichtig. Zwar sind sie alle an den Häfen interessiert, die auf Sri Lanka bereits im Bau bzw. in der Planung sind: An der Insel kreuzen sich alle Handelswege des Indischen Ozeans. Aber keine Macht der Welt ist zur bedingungslosen Streichung der Schulden bereit.

Eben das war eine Hauptforderung der Antiglobalisierungsbewegungen der frühen 2000er-Jahre. Dass diese Forderung heute neu ins Spiel gebracht werden muss, darin waren wir mit allen einig, die wir im März und April auf Sri Lanka gesprochen haben. Neue Horizonte öffnet diese Forderung nicht nur dort, sondern weltweit. Insofern steht Sri Lanka stellvertretend für viele andere Länder des Globalen Südens.

Neue Horizonte drei

Seinen Partner:innen auf Sri Lanka ist medico seit dem Tsunami 2004/2005 verbunden, viele arbeiten als Menschenrechtsaktivist:innen in Colombo, die meisten aber im tamilischen Norden. Von unserer Reise haben wir von dort auch einen Vorschlag zur Schaffung von Alternativen mitgebracht. Darin geht es um ein Dorf, das auf einem Streifen sonnendurchglühenden Buschlands entstehen soll, der den tamilischen Namen Kannaaddy trägt. Das Dorf soll eine „Insel der Vernunft“ werden, in dem bei

medico zugleich wortwörtlich wie übertragen gemeinten Sinn. In Bau sind bereits mehrere Lehmhäuser für seine künftigen Bewohner:innen, die dort schon einen Brunnen angelegt

Am Horizont des verarmten Sri Lanka: Eine multi- oder trans-ethnische Demokratie, die sich ihrer Geschichte stellt.

haben, für sich, für ihre Ziegen und Hühner, zur Bewässerung von in Permakultur anzulegenden Gemüsegärten. In der Mitte des Dorfes soll ein größeres Gebäude stehen, das Männer und Frauen beherbergen kann, die dort in mehrtägigen, vielleicht auch -wöchigen Aufhalten ökologischen Landbau und eine Lebensweise lernen wollen, mit der sie sich in ein freies Verhältnis zur Natur – und zu der Krise setzen können, die ihr vom globalen Kapital aufgeherrscht wurde. Über den Horizont, der sich hier öffnen könnte, reden wir jetzt mit unseren Partner:innen. Und natürlich: Der amtierende Präsident Gotabaya Rajapaksa wird gehen müssen, jetzt oder in ein paar Wochen.



Thomas Rudhof-Seibert war im Frühjahr 2022 in Sri Lanka und verfolgt die täglich neuen Meldungen von Protesten gegen die Regierung und den Kampf aller gegen alle um die knappen Güter.

medico unterstützt seit dem Tsunami 2004/05 Menschenrechtsaktivist:innen in Colombo und soziale Projekte im tamilischen Norden Sri Lankas.

Spendenstichwort: Sri Lanka



Anne Jung setzt sich als medico-Gesundheitsreferentin seit Beginn der Pandemie für einen global gerechten Zugang zu Impfstoffen ein.

PATENTE TÖTEN WEITER

Warum der Waiver-Kompromiss keine Lösung ist

Was ist schlimmer als verlieren? Siegen. Dieser Witz über die Stadt, in der ich geboren wurde, beschreibt in zweifacher Hinsicht das schändliche Ergebnis der vergangenen Versammlung der Welthandelsorganisation (WTO), an deren Ende die klare Ablehnung eines von mehr als 100 Ländern getragenen Antrags für die solidarische Produktion und Verteilung von Impfstoffen, Medikamenten und Tests zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie steht. Eine Handvoll reicher Länder mit pharmaproduzierender Industrie, angeführt von der Bundesregierung, hat sich durchgesetzt. Die Medien sprechen dennoch von einem „kleinen Sieg“, der vom Globalen Süden immerhin erzielt worden sei, doch diese Einschätzung trügt: Die zugestandenen Ausnahmeregelungen, die den antragstellenden Ländern wie Almosen vor die Füße geworfen wurden, werden kaum Verbesserungen bringen. Sie haben mit einem Waiver, also einer Verzichtserklärung, nichts zu tun. Zumindest den Sieg dieser inhaltlichen Umdeutung sollten wir den Industrienationen nicht durchgehen lassen.

Doch auch die Gewinner dieser fast zweijährigen Auseinandersetzung um die Impfstoffpatente haben verloren. Diese verabredeten sich – kein Drehbuch hätte sich das besser ausdenken können – im Rahmen der WTO-Versammlung ohne die Länder des Globalen Südens im grünen Hinterzimmer und bewiesen mit ihrem Scheinkompromiss, dass Europa und der Rest der reichen Welt sich selbst angesichts einer globalen Gesundheitsnotlage nicht an die Versprechen der Aufklärung, der Menschenrechte und der Demokratie gebunden sieht. Alex Awiti von der Universität in Nairobi bringt es auf den Punkt: „Man kann Europa nicht trauen.“ Die Botschaft der Industrienationen an den Globalen Süden lautet: Eure Leben zählen nicht.

Dabei hätten wir die Idee eines Globalen, das alles durchwirkt, so dringend gebraucht angesichts der Bedrohungen durch Kriege und Klimakrise mit all ihren Folgen. Wir werden es im System nicht finden.

Ein Kommentar von Anne Jung

Wie sich das alles entwickelt hat und warum es hier um mehr geht als Patente: www.medico.de/patente

Es geht um Anerkennung

Hinter Begriffen wie „Konflikt“ oder „Sicherheitsmaßnahmen“ wird die Wirklichkeit der Palästinenser:innen verborgen

Von Mariam Barghouti

Dieser Text soll nicht noch einmal beschreiben, was in Palästina geschieht und wie Palästinenser:innen der israelischen Siedlungspolitik entgegenreten. Es ist vielmehr der Versuch, ihren Umgang mit ihrer Lebensrealität einzuordnen. Dabei wird auch deutlich, wie sehr sie geografische und kulturelle Grenzen überwinden und transnationale Verbindungen aufbauen. Die Räume, die dabei entstehen, sollen helfen, unterdrückerische Systeme zu durchbrechen und ungleiche Machtverhältnisse auszugleichen. Das mächtigste Werkzeug hierbei ist die Weitergabe unserer Zeugenberichte und Forderungen. Die Beharrlichkeit, mit der wir mit der Welt interagieren, ist Ausdruck unserer tiefen Sehnsucht, frei zu sein. Es ist der Wunsch, die Isolation zu überwinden, die uns von einem Narrativ auferlegt wird, das unsere Erfahrungen verzerrt und Verbrecher davonkommen lässt.

Politik der Verunglimpfung

Im letzten Jahr haben wir eine der härtesten und organisiertesten Angriffe bewaffneter Siedler:innen erlebt, die dabei von offiziellen Militäreinheiten unterstützt wurden. Zudem waren fünf Verwaltungseinheiten in der Westbank und im Gazastreifen, die seit mehr als 15 Jahren unter militärischer Belagerung stehen,

mit massiven israelischen Militäraktionen konfrontiert. Diesen Angriffen gehen fast immer eine Reihe kleinerer Angriffe voraus. Siedler:innen zerstören landwirtschaftliche Bäume, zünden Häuser von Familien an oder enteignen Beduinengemeinschaften in schwer zugänglichen Gebieten. Informationen hierüber sind in großer Zahl frei verfügbar. Dennoch sind die Berichte der palästinensischen Seite konstant Zweifeln, Kriminalisierung und Verunglimpfung ausgesetzt, von der fehlenden Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit ganz zu schweigen. Israelische Institutionen und Behörden schützen die Siedler:innen und gewährleisten auf Basis ethnisch-religiöser Zugehörigkeit Immunität. Die Aufrechterhaltung der Besatzung ist der Kern der gesamten israelischen Siedlungspolitik. Sie zielt auf den Austausch einer Bevölkerung durch eine andere. Palästinenser:innen sind lediglich ein Hindernis bei der Verwirklichung eines größeren israelischen Staats in der Levante.

Das zeigt sich nicht zuletzt im Umgang mit der Ermordung der bekanntesten palästinensischen Journalistin, Shireen Abu Aqleh. Erschossen wurde sie während einer Razzia im Flüchtlingslager Jenin, wo militante Palästinenser bewaffneten Widerstand leisteten. Auffällig an dem Verbrechen ist nicht nur, dass Scharfschützen des Militärs sie ins Visier nah-

men, obwohl sie gut sichtbar eine Pressejacke trug. Es ist die Art und Weise, in der israelische Medien und auch öffentliche Stellen immer wieder Zweifel zu säen versuchten, ob Shireen Abu Aqleh denn wirklich von der israelischen Armee getötet worden ist. Trotz vieler Aussagen, Augenzeugenberichten und Kameraaufnahmen, die das Gegenteil belegen, weisen die israelischen Behörden jede Anschuldigung zurück. Mehr noch: Sie behindern eine echte Untersuchung, die Angehörige des Militärs zur Rechenschaft ziehen könnte.

Demgegenüber bemühen sich Palästinenser:innen, das Bild und den Namen Shireens in den sozialen Medien lebendig zu halten – in der Hoffnung auf internationale Solidarität und Anerkennung des Verbrechens über politische Grenzen hinweg. Dabei sehen sie sich allerdings mit neuen Versuchen konfrontiert, sie zum Schweigen zu bringen. So haben große Tech-Unternehmen Algorithmen entwickelt, mit denen palästinensische Posts unterdrückt, offen zensiert und sogar ganze Konten gelöscht werden können. Eben das ist auch mit meinem passiert.

Palästinensische Imagination

Trotz der Gewalt und Zensur, der wir ausgesetzt sind, besteht die palästinensische Imagination fort. Sie wird von einem unbeugsamen Wille getragen, sich zur eigenen Befreiung zu organisieren. In den letzten zehn Jahren haben wir in den sozialen Medien ein palästinensisches Lexikon erstellt, das unsere Realität genauso beschreibt wie die unablässige Entwicklung von Begriffen, sie zu verhüllen. Nehmen wir den Begriff „Konflikt“. Aus unserer Sicht ist die Rede vom Konflikt eine absichtliche Zweideutigkeit, um die ethnische Säuberung, der wir unterliegen, zu verschleiern. Ein anderes Beispiel: Was wir als „Apartheid“ erle-

ben, wird zu „Sicherheitsmaßnahmen“ umgedeutet.

Das ist die Wirklichkeit, in der wir leben und über die wir berichten. Doch sogar die Zeugenschaft hierüber müssen wieder immer wieder neu belegen und verteidigen. Dabei sind wir permanent mit Zensur konfrontiert. In jeder Stunde jeden Tages werden unsere Bilder, Videos und Worte mit einer Triggerwarnung versehen. Das ist unsere Realität in den sozialen Medien und es gibt nicht einmal eine Stelle, in der man sich dagegen zur Wehr setzen kann.

Was uns hilft, ist die palästinensische Imagination. Auch wenn wir als Bevölkerung verstreut sind zwischen Flüchtlingslagern, von israelischen Militärs zerstörten und zerrissenen Gebieten und in der Diaspora, stellen wir über Netzwerke und Verbindungen her. Wir sind es gewohnt, in fremden Ländern zusammenzukommen, und uns auf digitalen Plattformen zu treffen und auszutauschen. Das haben wir schon gemacht, bevor die COVID-19-Pandemie die restliche Welt dazu gebracht hat. Nichtsdestotrotz wäre es für uns von immenser Bedeutung, wenn unserer Zeugenschaft über unsere Wirklichkeit und das, was uns angetan wird, international anerkannt wird – auch wenn es das Bild von Israel als demokratischem Staat im Nahen Osten zerstören würde.



Mariam Barghouti ist Journalistin und Bloggerin und lebt in Ramallah im Westjordanland. Kommentare von ihr sind u.a. in The New York Times, The Huffington Post, Newsweek oder Al-Jazeera English erschienen.

Undurch- dring- liche Grenze

Foto: REUTERS/Ricardo Rojas

Schon jetzt ist am Grenzübergang ins dominikanische Dajabón kaum ein Durchkommen. Der Mauerbau soll Haitianer:innen gänzlich ausgrenzen.

Die Dominikanische Republik träumt von der totalen Abschottung von Haiti

Von Katja Maurer

Man kann Elías Wessin Chavez, der zweimal erfolglos bei Präsidentschaftswahlen in der Dominikanischen Republik angetreten ist, für einen nicht mehrheitsfähigen Lautsprecher halten. Aber in Zeiten wie diesen verstärken konservative Populisten wie er politische Tonlagen, die ohnehin im Umlauf sind. So nutzte Wessin den Beginn des Mauerbaus entlang der Grenze zu Haiti im Februar dieses Jahres, um den Mythos dominikanischer Nationenbildung fortzuschreiben. Diese Grenze unterscheidet sich von allen anderen in Lateinamerika, denn, so Wessin: „Wir sind kulturell ganz anders als die Haitianer.“ Und er verlangte: „Die Mauer muss zu einem hochtechnologischen Werk werden, wie das zwischen den Israelis und den Palästinensern.“

Wessin stammt aus einer Familie der weißen Oberschicht, einer Dynastie der Kolonialität. Die Vorfahren der afroamerikanischen Mehrheitsbevölkerung des Landes wurden – ebenso wie die Haitis – einst mit dem Sklavenhandel in die Karibik verbracht. Die weiße Oberschicht aber beruft sich auf Kolumbus, der auf der Karibikinsel Santo Domingo zum ersten Mal den Boden des amerikanischen Kontinents betrat, und damit auf ein dominikanisch-europäisches Erbe. Damit grenzt man sich auch vom Nachbarland Haiti ab, dessen Bevölkerung sich einst mit Erfolg gegen die Fremdherrschaft erhoben hat. Die Botschaft: Besser ist man verknechtet, aber Teil der westlichen Zivilisation, als befreit, aber arm.

Aus dieser Ideologie erwächst aktuell die Grenzmauer. Diese hat auch eine lange Vorgeschichte des haitifeindlichen Rassismus der weißen Eliten in der Dominikanischen Republik. Ihr Höhepunkt war das Massaker an 30.000 Haitianer:innen im Oktober 1937 unter Diktator Trujillo. Außer ein paar dürren Entschuldigungen hat es für diese Verbrechen bis heute weder eine juristische Aufarbeitung noch eine Entschädigung der Opferangehörigen gegeben. Kein Denkmal erinnert an das Ereignis. Stattdessen ist der antihaitianische Rassismus ein Eckpfeiler dominikanischer Herrschaftspolitik geworden.

Gleichzeitig sind die beiden Länder auf vielen Ebenen eng miteinander verflochten. Allein 500.000 Haitianer:innen mit geregelter Status halten sich in der Dominikanischen Republik auf, hinzu kommen viele weitere. Weder der blühende Tourismus in der „DomRep“ noch die Export-Plantagen-Ökonomie oder der Bau der Grenzmauer sind ohne diese haitianischen Arbeiter:innen denkbar. Die ökonomischen Gewichte zwischen den Nachbarn sind allerdings eindeutig verteilt: Dominikanische Exporte gehen zu einem großen Teil nach Haiti, die Wirtschaft des Landes verfügt über ein zehn Mal höheres Pro-Kopf-Einkommen. Die Differenz ist unter anderem Ergebnis der 1915 beginnenden US-amerikanischen Okkupation von Haiti, die die Ökonomie des Landes vollständig auf die Dominikanische Republik und deren Arbeits-

markt ausrichtete. In Bateyes, in Arbeitslagern, lebten die haitianischen Wanderarbeiter und ihre Familien seit Beginn des 20. Jahrhunderts, um in den Plantagen der dominikanischen Großgrundbesitzer und später in großen Bauunternehmen zu arbeiten. Daran hat sich bis heute wenig geändert.

Ungeachtet all dessen hat die dominikanische Regierung unter Präsident Luis Abinader die komplette Abriegelung der grünen Grenze zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik begonnen. Die Grundsteinlegung der Mauer erfolgte unter Afbietung hochrangiger dominikanischer Militärs und des Verteidigungsministers. Geplant ist, dass 160 der 380 Kilometer langen Grenze mit einer Mauer aus Stahlbeton mit bis zu vier Meter Höhe geschlossen werden. 70 Wachtürme sowie 41 Durchgangstore sind geplant. Eine „intelligente Mauer“ nennt sie Abinader. Um eine totale Überwachung der Grenze zu ermöglichen, gehören auch Beleuchtungssysteme, Bewegungsmelder, Überwachungskameras und Drohnen zur neuen Mauerpolitik. Zu Beginn der Planung hatte die dominikanische Regierung sich mit der israelischen Mauer entlang der besetzten Gebiete beschäftigt. Der israelische Botschafter Daniel Biran Bayor bestritt allerdings, dass israelische Firmen am physischen Bau beteiligt seien. Sollte allerdings technologische Expertise gefragt sein, könnten israelische Firmen liefern.

Doch es gibt auch Widerstand, auf beiden Seiten der Mauer. Eine breite Bewegung verhinderte bereits zwischen 2013 und 2015 Pläne der Regierung in Santo Domingo, Dominikaner:innen mit haitianischen Wurzeln im großen Stil die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Heute steht der Kampf gegen die fortwährenden Deportationen im Zentrum. Bei diesen wurden zuletzt sogar Hunderte schwangere Frauen aus Gesundheitseinrichtungen herausgeholt. Zivilgesellschaftliche und länderübergreifen-

de Netzwerke dokumentieren die Abschiebungen und machen sie öffentlich. Zudem organisieren sie die Versorgung von Menschen in Aufnahmeeinrichtungen.

Unterdessen schreitet der Bau der Mauer voran. Diese wird die Situation der Haitianer:innen erheblich erschweren und ihre ökonomische Ausbeutbarkeit verschärfen. Schon jetzt ist es gängige Praxis, haitianischen Arbeitskräften den Lohn vorzuenthalten. Im Mai dieses Jahres protestierten Bauarbeiter in einem großen Wohnbaugelände der Stadt Juan Bosch gegen diese Praxis, es kam zu Unruhen. Im Ergebnis wurden nicht nur sie selbst, sondern auch Bewohner:innen mit haitianischen Wurzeln ungeachtet ihres Status festgenommen und deportiert. Wenn die Mauer steht, wird es – anders als bislang – sehr schwer, zurückzukehren. Eine neue Spirale der Entrechtung der Haitianer:innen ist absehbar. Begründet wird der Bau der Mauer übrigens mit der Zunahme von Bandengewalt in Haiti nach der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse im Juli 2021. Eine solche „Politik der absoluten Sicherheit“, so der australische Historiker Dirk Moses, sei die ideologische Voraussetzung für die Diskriminierung und Delegitimierung des und der „Anderen“ und böte damit einen Begründungszusammenhang für genozidale Verbrechen. Das Projekt, Haiti zum Paria-Staat der sogenannten Völkergemeinschaft zu machen, ist mit dem Mauerbau in eine neue Phase getreten.

Vorabdruck aus der österreichischen Zeitschrift „Südwind“.

medico fördert die haitianische „Unterstützungsgruppe für Repatrierte und Geflüchtete“ [GARR], die u.a. im vergangenen Jahr Nothilfe für 19.000 aus den USA abgeschobene Haitianer:innen leistete.

Spendenstichwort: Haiti

Vögel, die vom Himmel fallen

Von extremer Hitze bis zu Überschwemmungen:
In Indien wird die Klimakrise drastisch real

Von Satya Sivaraman

Es ist Hochsommer in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi und es ist nicht leicht, sich in dieser Stadt aufzuhalten. Vor einigen Tagen erreichte die Temperatur tagsüber 49 Grad Celsius. Im Durchschnitt waren es in den vergangenen Wochen 41 Grad. Die Höchsttemperaturen, die in Delhi in den Monaten April und Mai aufgezeichnet wurden, sind die heißesten seit mehr als einem Jahrhundert bzw. seit es Aufzeichnungen gibt. Das ungewöhnliche Ausbleiben des Regens im März und April verschlimmerte die Hitze. Es gibt Berichte über Vögel, die im Westen Indiens aufgrund von Dehydrierung vom Himmel gefallen sind.

Die heiße Sonne und die trockene Luft haben auch die Ernten im nordindischen Punjab, der Kornkammer des Landes, verdorren lassen. Aufgrund der großen Hitze erwarten Landwirte einen 40-prozentigen Produktionsrückgang, was die Regierung dazu brachte, den Export von Weizen zu verbieten. Angesichts des Ukraine-Krieges und der erwarteten weltweiten Nahrungsmittelknappheit hatte sie noch eine Woche zuvor behauptet, Indien verfüge über genügend Vorräte, um „die Welt zu ernähren“. Gleichzeitig haben im Nordosten des Landes anhaltende und starke Regenfälle zu Überschwemmungen und Erdbeben geführt.

Fast eine Million Menschen in den Bundesstaaten Assam, Meghalaya und Nagaland sind betroffen. Aufgrund der abwechslungsreichen geografischen Beschaffenheit des Landes ist es nicht ungewöhnlich, dass in Indien gleichzeitig schwere Dürreperioden und Überschwemmungen auftreten. Diesmal aber sind Hitzewelle und Regen häufiger, intensiver und früher als üblich eingetroffen.

Landwirtschaft ohne Wasser

Der Grund für all das ist natürlich die Klimaveränderung. Eine aktuelle Studie des britischen Met Office hat ergeben, dass Hitzewellen in Indien und Pakistan 100-mal wahrscheinlicher und häufiger werden. Der Temperaturanstieg wird das Abschmelzen der Gletscher im Himalaja verstärken. In dem Gebirge, das über die größten Wasserreserven in Form von Eis und Schnee außerhalb der Polarregionen verfügt, entspringen zehn der größten Flüsse Asiens. Schon jetzt gehen die Gletscher pro Jahr 10 bis 15 Meter zurück. Diese Veränderungen haben stromabwärts Folgen für Millionen von südasiatischen Landwirt:innen, die auf das Schmelzwasser angewiesen sind, um ihre Felder zu bestellen. „Durch die globale Erwär-

mung beginnen Gletscher früher zu schmelzen, nämlich genau dann, wenn die Aussaat stattfindet“, heißt es in einer Studie, die von Forscher:innen des Internationalen Zentrums für Integrierte Entwicklung in Bergregionen (ICIMOD) veröffentlicht wurde. „Zunächst ist das von Vorteil. Später im Jahr, wenn die Pflanzen besonders viel Wasser brauchen, führt es aber zu einem Mangel. Weil auch die Niederschläge unregelmäßiger werden, müssen die Landwirt:innen mehr Grundwasser pumpen.“ Die Folgen für die Landwirtschaft sind erschreckend. Einem neuen Gutachten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), auch Weltklimarat genannt, zufolge könnte die indische Reisproduktion bei einem Temperaturanstieg um 4 Grad um 30 Prozent, die Maisproduktion sogar um 70 Prozent zurückgehen.

Der erwartete Anstieg des Meeresspiegels dürfte in Indien zur Vertreibung der Küstenbevölkerung führen. Da der Subkontinent in der Nähe des Äquators liegt, wird der Meeresspiegel hier noch deutlich stärker ansteigen als in anderen Breitengraden. Das und prognostizierte Sturmfluten würden zu einem Eindringen von Salzwasser in die Küstengebiete führen, was die Landwirtschaft beeinträchtigt, die Grundwasserqualität verschlechtert und das Trinkwasser verunreinigt. Kalkutta und Mumbai, beides dicht besiedelte Städte, sind besonders anfällig für die Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs, für tropische Wirbelstürme und Überschwemmungen aufgrund von über die Ufer tretenden Flüssen.

Wer muss sich beschränken?

Angesichts dieser außerordentlichen Bedrohungen stellt sich die Frage, wie sich Indien zur Reduzierung seiner Kohlenstoffemissionen positioniert. Zwar verzeichnet das Land 2019 die drittgrößten Emissionen der Welt. Gleich-

wohl sind diese mit 2,88 Gigatonnen CO₂ viel geringer als die des größten (China mit 10,6 Gigatonnen) und des zweitgrößten Verursachers (USA mit 5 Gigatonnen). Auch hat Indien in der Vergangenheit nicht viel zu den Treibhausgasemissionen beigetragen. Von 1870 bis 2019 beliefen sich seine Emissionen auf lediglich 4 Prozent der weltweiten Gesamtemissionen. Aufgrund solcher Zahlen haben Indien und andere sogenannte Entwicklungsländer argumentiert, dass für sie keine strikten Kontrollen der Kohlenstoffemissionen gelten sollten. Auch Umweltschützer:innen aus dem Globalen Süden argumentieren seit langem, dass nicht die Menschen, die am wenigsten zur globalen Erwärmung beigetragen haben, den Preis dafür zahlen müssen. Zudem haben die jahrhundertelange Kolonisierung und die Plünderung der Ressourcen dazu geführt, dass diese Gesellschaften weit anfälliger für steigende Temperaturen sind und weniger Möglichkeiten haben, sich zu wappnen. Deshalb müssten die reichen Länder die größten Abstriche machen.

Dieser Standpunkt wird durch den im August 2021 veröffentlichten Bericht des IPCC gestützt, der die tiefgreifenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die den Umgang mit dem Klimawandel in der Welt kennzeichnen, hervorhebt. Angesichts enormer Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern dürfte das zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels verbleibende Kohlenstoffbudget weitgehend von reichen Ländern verbraucht werden. Für ein Land mit hoher Umweltverschmutzung wie Großbritannien mit 10 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr wird das Budget bereits 2024 erschöpft sein. Einerseits werden Länder wie Indien aufgefordert, ihre Kohlenstoffemissionen drastisch zu reduzieren. Andererseits gibt es keinen globalen Mechanismus, der ihnen die Mittel zur Verfügung stellt, um ihre Bürger:innen vor den katastrophalen Folgen zu bewahren. Länder wie die USA, Großbritannien



Kurze Abkühlung in der lebensbedrohlichen Hitze in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi.

und Australien auf eine Stufe mit Entwicklungsländern in Asien, Afrika und Lateinamerika zu stellen, läuft darauf hinaus, den Hauptverursacher:innen einen Freifahrtschein auszustellen.

Dem IPCC-Bericht zufolge sind die nächsten Jahre wahrscheinlich die wichtigsten in unserer Geschichte. Wenn die Geschichte der Menschheit jedoch irgendetwas gezeigt hat, dann das: Ohne eine Mobilisierung zur Durchsetzung ihrer Rechte und ohne Widerstand gegen Ungleichheiten leidet ein Großteil der Menschheit. Das gilt auf nationaler wie auf glo-

baler Ebene. Unter diesen Umständen müsste das Motto der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ um den Begriff der „Klimagerechtigkeit“ ergänzt werden.

Übersetzung: Rebeca Renz



Satya Sivaraman ist Journalist und Gesundheitsaktivist in Neu-Delhi. Seit 2005 verbindet ihn eine Partnerschaft mit medico.

Projekte Projektionen

Niemand ist niemand

Für die Rechte syrischer Geflüchteter im Libanon

Im Libanon lassen der politische Stillstand und der dramatische wirtschaftliche Niedergang jede:n Zweite:n wünschen, das Land zu verlassen. Gleichzeitig ist der Libanon weiterhin Zufluchtsort, etwa für rund 1,5 Millionen Syrer:innen. Die meisten von ihnen leben schon seit Jahren in extremer Armut in informellen Lagern. Seit 2015 werden sie auf Betreiben der libanesischen Regierung nicht einmal mehr registriert. Offiziell sind sie damit rechtlose „Niemande“. Das setzt sie umso mehr Gewalt und Willkür aus; es kommt immer wieder zu Durchsuchungen, Inhaftierungen, Folter durch die Sicherheitskräfte und Abschiebungen. Gegen diese Entrechtung stemmt sich die libanesisch-syrische Organisation „SAWA for Development and Aid“. Die Aktivist:innen leisten für syrische Geflüchtete Rechtsberatung und haben schon so manche Registrierung mit durchgefochten. Die Unterstützung ist grenzüberschreitend: Auch nach Syrien Rückgekehrten steht SAWA so gut wie möglich zur Seite.

Foto: SAWA



SAWA for Development and Aid stärkt Bleibeperspektiven.

Spendenstichwort: Libanon

Heute, nicht morgen

Perspektiven des Globalen Südens zu Klimagerechtigkeit

Der Satz, dass globale Krisen globale Antworten verlangen, ist fast schon zur Phrase geworden: wahr, aber meist folgenlos. Doch es gibt Ausnahmen und Bewegungen. So organisieren sich seit zwei Jahren Gruppen aus inzwischen 40 Ländern des Globalen Südens in dem klimapolitischen Netzwerk MAPA. Die Abkürzung steht für „Most Affected People and Areas“. Allein das ist eine Ansage und ein Widerspruch gegen die Mär, bei steigendem Meeresspiegel und anderen Klimadesastern würden alle in einem Boot sitzen. Das tun sie nicht. In diesem Sinne pocht MAPA, im Austausch wie auch in Auseinandersetzung mit den europäischen Fridays-for-Future-Bewegungen, auf eine konsequent dekoloniale Perspektive. Es geht ihnen nicht um bedrohte Zukünfte, sondern um Klimagerechtigkeit in einer längst verwüsteten Gegenwart. Die aktuell von medico geförderte Kooperation unterstützt die Zusammenarbeit von Klimainitiativen aus Angola, Brasilien, Kolumbien, Kenia, Libanon, Nigeria und den Philippinen. In sechs der sieben Länder finden in diesem Jahr Wahlen statt. Und überall soll Druck von unten die Relevanz von Klimagerechtigkeit in den nationalen Diskursen stärken. Der länderübergreifende Austausch soll in jeweils möglichst starke Kampagnen vor Ort münden. Mitunter ist globale Zusammenarbeit angesichts globaler Krisen eben doch mehr als eine Phrase.

Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit



Klimawandel? Eine Antwort sind kritische Kleinbäuer:innen!

Land und Wirtschaft

Neue Bewegung für Ernährungssouveränität in Kenia

Wie einige Jahre zuvor schon die EU, drängte Großbritannien 2021 Kenia zur Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens, das weitreichende Folgen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft des Landes hat. So fördert es den Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut und den Import von Pestiziden. Abkommen wie diese sind Katalysatoren eines neoliberal geprägten Agrobusiness. Was abstrakt klingt, entscheidet für Millionen Menschen über ganz Konkretes: Haben bäuerliche Gemeinden Zugang zu Land? Bestimmen sie selbst über ihr Saatgut und die Art der Viehzucht? Liegt der Vertrieb ihrer Erzeugnisse in den eigenen Händen und können sie davon sicher und gut leben? Für all das streitet die landesweite Kenyan Peasants League, eine noch junge Bewegung von Kleinbauern, Fischern und Hirten. Die Mitglieder organisieren Saatgutbörsen, klären in Summer Schools über Folgen der Klimakrise auf und setzen sich für nachhaltige Agrarökologie ein, in der lokale Bedürfnisse sowie lokales Wissen im Zentrum stehen. Es geht darum, gemeinsam Elementares zu verteidigen: Zugang zu Land, das Recht auf Ernährungssouveränität und den Schutz der Existenzgrundlagen.

Spendenstichwort: Ostafrika

Eine Welt auf den Schultern



Südafrika nach zwei Jahren Pandemie. Begegnungen mit Frauen, die für ihre kleinen und großen Rechte kämpfen

Von Julia Manek

Unser Fahrer Steve steuert sein Auto mit meiner medico-Kollegin Usche Merk und mir durch unbelebte Straßen der Innenstadt von Johannesburg. Marode Wohnblocks im Wechsel mit eleganten Bürogebäuden und leerstehenden Industriebauten. Am Straßenrand fordert ein Wahlplakat das nahezu Unmögliche: „Trust us.“ Im Stadtteil Hillbrow scheinen wir eine Schwelle im städtischen Raum zu überschreiten. Steve schließt die Fenster und verriegelt die Türen. „Es gibt auch tagsüber viele Raubüberfälle. Mit der Pandemie ist alles schlimmer geworden.“ Er bringt uns zur medico-Partnerorganisation Sophiatown Community Psychological Services, kurz Sophiatown. Während der Apartheid wurde im gleichnamigen Stadtteil gegen Segregation und für eine Gegenkultur gekämpft – bis letztendlich Polizei und Militär sämtliche Blacks und Coloured vertrieben und der ganze Stadtteil abgerissen wurde. Nach dem Fall des Regimes wurde er neu aufgebaut. Sophiatown bleibt ein Ort der Hoffnung. Und die wird stärker gebraucht denn je.

Wir erreichen unser Ziel. Johanna Kistner, Geschäftsführerin von Sophiatown und klinische Psychologin, führt uns durch farbenfrohe Räume. Sie hat uns zu einem Austausch mit der Umoja-Frauengruppe eingeladen, eine Gesprächsrunde für geflüchtete Frauen. Diese sind auf vielen Wegen nach Südafrika gekommen – aus dem Kongo, aus Burundi und anderen afrikanischen Ländern –, in der Hoffnung,

Gewalt und Perspektivlosigkeit zu entfliehen. Doch als Geflüchtete ohne Aufenthaltstitel sind sie hier gefangen in einem Limbo aus Armut, xenophober Diskriminierung und patriarchaler Gewalt, im Öffentlichen wie im Privaten. „Die Pandemie hat vieles noch einmal schlimmer gemacht“, sagt auch Johanna. „Es ist für die Frauen nahezu unmöglich, Arbeit zu finden, die Familien zu ernähren und häuslicher Gewalt zu entkommen. Bei uns teilen sie ihre ökonomischen, sozialen, physischen und psychischen Belastungen. Aber manchmal bleibt nur, Hilfs- und Hoffnungslosigkeit gemeinsam auszuhalten.“ Den Namen der Gruppe haben die Umoja-Frauen selbst ausgesucht. „Umoja“ ist Swahili und bedeutet „zusammen“.

In Sorge und Fürsorge

Auch Bona ist heute dabei. Auf ihrem Schoß sitzt in eine Decke gehüllt ihre kleine Tochter und hustet. Entschuldigend sagt Bona: „Es geht ihr schon besser, aber noch nicht so gut, dass ich sie bei meiner Nachbarin lassen kann.“ Die anderen Frauen haben Verständnis. Auch ihre Kinder leiden oft unter Atemwegserkrankungen, Magen-Darm-Infekten und anderen Krankheiten, die ihre Lebensbedingungen fast unweigerlich produzieren. Tsemere erzählt, wie sie während der Pandemie ihre Arbeit und dann auch die Wohnung verlor. Heute lebt sie extrem beengt mit ihrem Mann und ihren vier Kindern

ganz oben in einem Apartmentblock. Wasser kommt selten bis in den obersten Stock. Weil die Miete immer noch zu teuer ist, geben sie den Balkon an zwei Frauen zur „Untermiete“.

Wohnungsnot, Verdrängung, prekäre sanitäre Bedingungen, Verschuldung: Die Frauen kennen all das. Die Covid-19-Pandemie hat sich mit anderen, sich gegenseitig verstärkenden Krisen zu einer Syndemie ausgeweitet. In der Runde in Sophiatown sind die vielfältigen Misereen und Sorgen spürbar. Mehr als das: Im zwischenmenschlichen Austausch wird das Un-

anderen und die Hoffnung, die sie geben, hätte ich nicht überlebt.“

Plötzlich stürmt eine junge Frau herein. „Hallo allerseits.“ Martha lässt sich lässig auf einen Stuhl fallen. „Ich hab dir was mitgebracht“, sagt Johanna und reicht ihr ein kleines Paket. Es enthält einen selbstgehäkelten Bikini. „Toll. Den verkaufe ich für 300 Rand. Ach nein, ich werde höher anfangen“, überlegt Martha mit blitzenden Augen. Die Stimmung im Raum wird lebhafter, die Erzählungen beginnen zu sprudeln. Von Männern, die ihre Frauen bevormunden. Von



In einer offenen Runde kommen Frauen zusammen, die sich austauschen und voneinander lernen können.

sichtbare sichtbar, entstehen Gemeinsamkeiten und werden Belastungen entprivatisiert. Nach und nach ist so Vertrauen gewachsen, als Subjekt anerkannt zu werden, trotz der zerstörerischen Verhältnisse, in denen schon das tägliche Überleben erkämpft werden muss. Was aber kann psychosoziale Arbeit unter diesen Bedingungen leisten? Clarice kann es für sich klar formulieren: „Wenn ich nicht hierherkommen könnte, wäre ich verrückt geworden. Ohne diesen Raum, die Beziehungen mit den

Frauen, die sich das und anderes nicht gefallen lassen. Neema fällt die Geschichte einer Bekannten ein, deren Tochter von der Schule verwiesen wurde, weil sie kein Toilettenpapier mitbringen konnte. Die Frau habe gegenüber der Schulleitung das Recht ihrer Tochter auf Bildung stark gemacht, unabhängig davon, ob sie sich Toilettenpapier leisten kann oder nicht. Neema: „Es ist besser, die eigenen Rechte zu kennen und zu wissen, dass sie verletzt werden, als nicht einmal zu wissen, dass man Rechte hat.“

Beim Zuhören beginne ich zu begreifen, was es bedeutet, die Welt auf den Schultern zu tragen. Mit ihrer umfassenden Care-Arbeit – Lohnarbeit, Hausarbeit, Pflegearbeit, sich hier sorgen und dort kümmern – bewahren die Frauen ihre Communitys am Rande der Gesellschaft davor, vollends aus den Fugen zu geraten. Die Belastungen sind enorm. Doch sie haben keine andere Möglichkeit als weiterzumachen. Mir fällt ein Satz aus dem berühmten Statement ein, in dem die afroamerikanischen Aktivist:innen des Combahee River Collective Mitte der 1970er-Jahre den Begriff der „Identitätspolitik“ als ein ge-



samtgesellschaftliches Anliegen eingeführt haben: „Wenn Schwarze Frauen frei wären, würde das bedeuten, dass alle anderen frei sein müssten, da unsere Freiheit die Zerstörung aller Unterdrückungssysteme voraussetzen würde.“

Und jetzt landesweit

Szenenwechsel. Auch 1.400 Kilometer südwestlich von Johannesburg drehen sich unsere Ge-

spräche um Vertrauen, Hoffnung und Sorgearbeit in den Communitys und für die Communitys. Eben diese leisten die fünfzigtausend Gemeindegesundheitsarbeiter:innen in Südafrika tagtäglich. Als Community Health Workers sind sie dort tätig, wo es am Nötigsten fehlt. Sie füllen die klaffenden Lücken im staatlichen Gesundheitssystem – zumal während der Pandemie. In den vergangenen Jahren haben sich die Gesundheitsarbeiter:innen, unterstützt von mehreren medico-Partnerorganisationen, politisch organisiert, um gemeinsam für ihre Rechte einzutreten. Dabei ist sichtbar geworden, was unsichtbar bleiben soll: Die unerlässliche Gesundheitsarbeit an der Basis wird fast ausschließlich von Schwarzen und selbst in Armut lebenden Frauen geleistet. Arbeitsrechtlich ungeschützt, werden sie dabei meist brutal ausgebeutet.

Im Büro unserer medico-Partner:innen vom Public Health Movement (PHM) in Kapstadt treffen wir drei PHM-Aktivist:innen und drei Gesundheitsarbeiter:innen, Vertreter:innen verschiedener Provinzen. Alle sind aufgeregt, denn gemeinsam bereiten sie Klagen vor. Hintergrund ist ein enormer Erfolg: In der Provinz Gauteng haben Community Health Workers – auch durch den Druck von unten – juristisch ihre Anerkennung als Arbeiter:innen im Gesundheitssektor erstritten. Auf Basis dieses Präzedenzfalls soll das Gleiche nun in anderen Provinzen gelingen und dadurch auf nationale Ebene gehoben werden. Auf dem Tisch liegen schwarze Aktenordner, sie enthalten mehrere Tausend Fälle, in denen Frauen ihre Arbeitsverhältnisse schildern. Tausende mehr sollen gesammelt werden. Selbstverständlich ist das nicht, viele Community Health Workers berichten, dass Ärzt:innen und Krankenschwestern in den Kliniken ihnen wegen ihrer politischen Organisation gedroht haben. Insofern ist jede Akte auch Zeichen eines gewachsenen Vertrauens in die Vertreter:innen der Selbstorganisation und die medico-Partner:innen von

PHM, SINANI und Khanya College, die das wegweisende Projekt mittragen.

Den Beteiligten gibt „der Fall“ Hoffnung. Boniwe Plaatjie aus Northern Cape beschreibt es so: „Es braucht viel Zeit, um gegen die Regierung vorzugehen, und lange hatten wir einfach nicht die Ressourcen dazu. Aber jetzt scheint es so, als würde unser Traum wahr werden.“ Ntombetemba Maduna aus Western Cape betont, dass es um mehr als arbeitsrechtliche Anerkennung geht: „Wir leisten medizinische Pflegearbeit, aber auch emotionale Sorgearbeit. ‚Care‘ bedeutet Veränderung. Wenn man so in die Gemeinschaft hineinwirkt, muss sich die ganze Lebensweise ändern.“

Neue Spaltungen

Die Community Health Workers sind keineswegs nur in entlegenen ländlichen Gemeinden aktiv. Sie arbeiten auch im urbanen Raum. In Johannesburg könnten sie dabei zum Beispiel auch mit Umoja-Frauen zu tun haben, mit Bona und ihrer hustenden Tochter oder mit Tsemere in dem beengten Apartmentblock. Ob sie dann die Gemeinsamkeiten betonen – oder eher die Unterschiede? Obgleich viele Südafrikaner:innen ein sehr feines Gespür für Rassismus haben, durchzieht eine weitere Trennlinie die Gesellschaft: Xenophobie. In der Pandemie sind xenophobe Ressentiments in den politischen Diskursen noch stärker geworden. Auch die Community Health Workers sind davor nicht gefeit. Maria van Driel vom medico-Partner Khanya College erzählt: „Manche der Frauen sind in den Verwerfungen der Pandemie stark ausländerfeindlich geworden. Sie richten ihre Wut nicht auf die eigentlich Verantwortlichen. Stattdessen werden Migrant:innen zu Blitzableitern.“ Für Maria ist das Teil des gängigen „Teile-und-herrsche“-Prinzips in Südafrika: „Die Menschen werden unterschiedlich gemacht und feinden

sich gegenseitig an. Wir versuchen immer wieder klarzumachen, dass es solidarische Lösungen braucht. Aber Armut und Unterdrückung sind eben keine moralische Schule.“

Zurück in Johannesburg erklärt uns unsere Partnerin Koketso Moeti von amandla.mobi, wie sie politische Kampagnen und Aktionen planen. Ähnlich wie das Combahee River Collective kommt auch sie zu dem Ergebnis, dass die tiefgreifendsten Veränderungen aus dem Kampf gegen Mehrfachunterdrückungen entstehen: „In Südafrika verstehen die Menschen zwar die sozialen Probleme, aber oft fehlt ihnen eine Klassenanalyse und ein Verständnis dafür, wie sie mit rassistischen oder geschlechtsspezifischen Aspekten zusammenhängen. Weil wir aber eben diese Verflechtung der Probleme sehen, lautet für uns die erste Frage immer: Wie wirkt sich etwas auf Schwarze Frauen mit niedrigem Einkommen aus? Wenn politische Interventionen gut für diese Gruppe sind, wird das die ganze Gesellschaft voranbringen.“



Julia Manek bildet mit Usche Merk bei medico das Tandem für Psychosoziale Arbeit. Gemeinsam haben sie im März medico-Partner:innen in Südafrika besucht.

Hilfe, wo sie benötigt wird: Das gilt auch in Südafrika – hier für die Unterstützung der Marginalisierten, für die Gemeindegesundheitsarbeit und aktuell auch für die Opfer der Flutkatastrophe in der Provinz KwaZulu-Natal, die mehr als 40.000 Menschen obdachlos gemacht hat. medico-Partnerorganisationen leisten Not- und Wiederaufbauhilfe.

Spendenstichwort: Südafrika

Zwischen Krise und Neustart

Die Weltgesundheitsversammlung der WHO in Genf spiegelte den schwierigen Stand des Multilateralismus und seiner Institutionen wider

Von Andreas Wulf

Langsam legt sich der Staub, den die Debatten auf der 75. Weltgesundheitsversammlung (WHA) vom 22. bis 28. Mai in Genf aufgewirbelt haben. Es waren vor allem zwei konkurrierende Resolutionen zum Krieg in der Ukraine sowie die Kontroverse um die Strategie gegen HIV, virale Hepatitis und sexuell übertragbare Krankheiten, die die Delegierten bis zum letzten Moment in Abstimmungsrounds im Genfer Völkerpalast festhielten. Bei beiden Themen waren die Konfliktlinien klar gezogen. Aber in beiden Fällen entschied sich eine Mehrheit der Delegierten, an den Abstimmungen entweder nicht teilzunehmen oder sich zu enthalten. So setzte sich bei der Ukraine-Debatte die Resolution „des Westens“ mit seiner klaren Benennung und Verurteilung des Aggressors gegen die kleine Schar von treuen Verbündeten Russlands mit 88 zu 12 Stimmen durch. Aber mindestens ebenso viele Teilnehmende aus dem Globalen Süden kritisierten die Resolution als eine „Politisierung“ der WHA und enthielten sich. Ein schwaches Argument, gibt es doch seit vielen Jahren regelmäßig Resolutionen zu den Gesundheitsfolgen der israelischen Besetzung palästinensischer Gebiete.

Auch bei dem „technischen“ Thema der Strategie zur Bekämpfung sexuell übertragbarer Krankheiten konnten sich die Staaten im Vorfeld



Wichtiger Ort globaler Aushandlung: die WHO.

nicht auf eine konsensuelle Resolution einigen. Das zeigte, wie sehr nicht nur physische Territorien umkämpft bleiben, sondern auch Körper und Identitäten der Menschen. Eine „progressive“ Ländergruppe wollte Begriffe wie „sexuelle Rechte“ und „sexuelle Identität“ und die explizite Erwähnung wichtiger Zielgruppen dieser Gesundheitsprogramme wie „Männer, die Sex mit Männern haben“ nicht aufgeben und hatte dabei auch die Unterstützung der WHO. Ihr stand eine allerdings ebenso entschlossene Gruppe konservativer Staaten gegenüber, angeführt von Saudi-Arabien, Ägypten und Nigeria, die diese Referenzen als nicht im Einklang mit ihren kulturellen und religiösen Werten erachteten und daher streichen wollten. Nur noch ein Drittel der anwesenden Mitgliedstaaten stimmten der Resolution schließlich zu, der Rest enthielt sich oder nahm an der Abstimmung nicht teil.

Akzente für eine gerechte Gesundheitspolitik

Diese Ergebnisse spiegeln die Realität einer wenig geeinten „Global Health Community“, wie sie bei der WHO angesichts globaler Gesundheitskrisen und besonders bei der aktuellen Covid-19-Pandemie doch so gerne beschworen wird. Allerdings zeigte sich das höchste Entscheidungsgremium der WHO bei anderen wichtigen Themen geschlossen, allen voran bei der Wiederwahl des amtierenden Generaldirektors Dr. Tedros. Dieser konnte stolz verkünden, von allen sechs Weltregionen der WHO zur zweiten (und letzten) fünfjährigen Amtszeit nominiert worden zu sein – trotz deutlicher Versuche von Äthiopien innerhalb der afrikanischen Gruppe, Tedros für seine vermeintliche Positionierung zugunsten der Rebellen in der Provinz Tigray zu beschädigen.

Auch die Resolution zu „Well-being and Health Promotion“ wurde angenommen und bestärkte damit Tedros Prioritätensetzung für seine zweite Amtszeit: Gegenüber der Zersplitterung in einzelne Programme zur Krankheitsbekämpfung will er die Stärkung von Gesundheitssystemen und Gesundheitsförderung in den Vordergrund rücken, um eine kohärentere und gerechtere Gesundheitspolitik durchzusetzen. In der Folge wird es darum gehen, auch den Umsetzungsplan positiv zu beeinflussen und die Idee von „Gesundheit für Alle“, die noch aus den Primary-Health-Care-Konzepten in die Gesundheitsförderung eingeflossen ist, zu stärken.

Ein großer Erfolg war für die WHO auch die Bestätigung eines „nachhaltigen Finanzierungsplans“. Mit diesem verpflichten sich die Mitgliedsländer, ihre Beiträge an die WHO im nächsten Jahr um 20 Prozent und schrittweise bis 2030 um 50 Prozent zu erhöhen. Zwar machen diese flexibel einsetzbaren Mittel aktuell weniger als 20 Prozent des Gesamtbudgets der

WHO aus, sodass selbst eine Verdoppelung noch weniger als die Hälfte der Gesamtkosten decken wird. Dennoch ist es ein Durchbruch und eine klare Abkehr von den über lange Zeit eingefrorenen Beträgen, durch die die WHO immer mehr in Abhängigkeit großer zusätzlicher Geberländer und Institutionen wie die Gates-Stiftung gekommen ist. Der deutsche Delegationsleiter Björn Kümmel hatte sich bei der Leitung der entsprechenden Arbeitsgruppe im Vorfeld große Anerkennung für seinen beharrlichen Einsatz für diese Einigung verdient.

Privatisierungsversuche

Nicht weniger präsent war auch diesmal das große Thema Covid-19, auch wenn die Debatte um einen neuen Pandemievertrag schon im letzten November an eine Arbeitsgruppe der Mitgliedsländer ausgelagert worden war. Diese wird erst im Juli einen ersten Entwurf über ein solches neues Instrument vorlegen, das einer stärkeren global verbindlichen Pandemieprävention, -vorbereitung, -erkennung und -bewältigung dienen soll. Hierbei steht auch die Frage im Raum, wie sehr der WHO ihre „führende Rolle“, die sie laut ihrer Verfassung von 1948 bei der globalen Gesundheit spielen soll, tatsächlich zuerkannt wird oder ob sich die Kräfte durchsetzen, die stark auf neue Strukturen und parallele Institutionen setzen. Für solche „Innovationen“ steht wie üblich der Name Bill Gates.

Dieser nahm an der WHA zwar nicht teil, wartete aber nur wenige Tage zuvor mit seinem neuesten Vorschlag auf: einem 3.000 Personen starken „Global Epidemic Response and Mobilization Team“ mit dem passenden Akronym GERM (englisch für Keim oder Bazille). Sogar die Kosten waren schon kalkuliert, die nötig seien, um die „besten Köpfe“ zu rekrutieren. Dieses Team solle zwar bei der WHO angesiedelt sein, aber eigenständig den Pandemiefall ausrufen kön-

nen und ihn dann global managen. Es ist erst mal ein Vorschlag. Aber es wäre nicht Bill Gates, dessen Vermögen auf 127 Milliarden US-Dollar geschätzt wird, wenn er nicht gleich die für die ersten fünf Jahre von GERM benötigten fünf Milliarden US-Dollar auf den Tisch gelegt hätte. Und wer könnte so einem großzügigen Angebot schon widerstehen?

Feindbild Weltregierung

Mit der gleichen Zwangsläufigkeit, mit der das vergiftete Angebot von Gates kommt, macht auch die „Gegenseite“ mobil. Nach der Weltgesundheitsversammlung sahen konservative und rechtspopulistische Kräfte in den USA ihren Albtraum einer globalen Weltregierung unter Gates und Tedros bestätigt. Unter Präsident Trump war dessen Krieg gegen den Multilateralismus gleich zu Beginn der Pandemie im angekündigten Ausstieg der USA aus der WHO eskaliert. Auch die verabredeten Budget-Mittel wurden nicht gezahlt. Daran knüpfen rechte Kräfte jetzt wieder an und behaupten in ihren Medien, die WHO wolle die Souveränität der Staaten in der Pandemiebekämpfung unterminieren und der Generaldirektor wolle sich mit der Pandemiekeule zum geheimen Herrscher der Welt aufschwingen. Diese Sprache wurde auch von der deutschen AfD und verwandten Welt-Verschwörungskreisen aufgegriffen.

Dabei haben die Erfahrungen der Pandemie gezeigt, dass eine „America First“-Politik und die Blockaden beim Teilen von Wissen und Fähigkeiten zur Ausweitung der Herstellung von wichtigen Gesundheitsgütern wie Masken, Tests, Medikamente und Impfstoffe wirksame globale Antworten behindert haben. Gerade ist eine ausführliche Analyse der langjährigen medico-Partnerorganisation Health Action International erschienen, die die völlig unzureichende globale Koordination von Arzneimittelstudien

in der Covid-19-Pandemie aufzeigt. Die Folge: Wichtige Ressourcen wurden vergeudet, geringere Ergebnisse als möglich erzielt.

Die Lehren hieraus liegen auf der Hand: Die Rolle der WHO müsste deutlich gestärkt, ihre fachliche Autorität anerkannt werden. Dem spontanen Impuls „Rette sich, wer kann“ eine verlässliche und rasch handlungsfähige solidarische Pandemiebekämpfung entgegenzusetzen, sollte im gemeinsamen Interesse aller sein. Dagegen ist etwa die Blockade des TRIPS Waiwers zur Aussetzung der Patente bei der Welt handelsorganisation (WTO) seit mehr als eineinhalb Jahren deutlich mehr dazu angetan, Misstrauen gegenüber einer „Global Health Governance“ zu schüren, als diese von rechts instrumentalisierten Ängste vor einer vermeintlichen Weltgesundheitspolizei in Genf.

Worüber allerdings auch auf dieser Weltgesundheitsversammlung zu wenig gesprochen wurde, sind die tieferen strukturellen Ursachen der Pandemien: der Raubbau an Naturflächen, die Entwaldung für Rohstoff-Extraktivismus und die industrielle Tier- und Pflanzenproduktion, die sich verschärfende Klimakrise. All das trägt zur Zunahme von potenziellen neuen und für den Menschen bedrohlichen Erregern bei („It's the economy, stupid!“) und müsste in den laufenden Verhandlungen über einen möglichen Pandemievertrag mit Nachdruck angegangen werden. In den Kämpfen um Klimagerechtigkeit und ein ökologisches Gleichgewicht könnte die WHO eine wichtige Verbündete sein. Noch aber ist sie es nicht.



Andreas Wulf begleitet seit vielen Jahren die Entwicklung bei der WHO. Er leitet das Berlin-Büro von medico international, das im Juli seine Eröffnung begehrt.

Kein Provi

Seit zehn Jahren wird das P
verteidigt und weiterentwi



Im Zentrum von Kobanê lebt inzwischen der Alltag – doch die Drohungen der Türkei stellen alles infrage.

sorium

projekt Rojava angegriffen,
ckelt



In den vergangenen zehn Jahren hat sich viel verändert. Zeit, die demokratische Entwicklung Rojavas international anzuerkennen

Von Anita Starosta

Die erste Überraschung erwartet uns schon am Grenzübergang von Fishkabour und Semalka auf irakisch-kurdischer Seite. Früher haben wir hier abenteuerliche Grenzüberquerungen erlebt. Eine neue Grenzstation wird gebaut, gerade wird der Parkplatz betoniert. Erfolgte die Kontrolle einst in einem viel zu kleinen Raum, werden die Formalitäten jetzt an mehreren Schaltern erledigt. Zettel, Nummer, Gepäckkontrolle, dann überqueren wir im Kleinbus über eine Pontonbrücke den Tigris. Auf der anderen Seite läuft es ähnlich. Einst gab es hier Tee und nette Plaudereien. Diesmal werden die Taschen professionell durchleuchtet und wir ordentlich abgefertigt. Die Bürokratie hat Einzug gehalten. Rojava ist nicht mehr provisorisch, stellen wir ein wenig wehmütig fest.

Vieles hat sich verändert seit den Anfängen vor zehn Jahren. Am 19. Juli 2012 ziehen sich die Truppen des Assad-Regimes aus der Region Kobanê nahe der türkischen Grenze zurück. Kurdische Kräfte übernehmen die Stadtverwaltung und stoßen damit die Übernahme in anderen Teilen der Region an. Eine Übergangsverwaltung entsteht, die in den Bürgerkriegswirren die Versorgung der Bevölkerung aufrechterhält. Mit den militärischen Einheiten der YPG/YPJ [ab 2015 Militärbündnis SDF, „Streitkräfte der Selbstverwaltung“) wird diese Verwaltungsstruktur zentraler Akteur im Kampf gegen die immer stärker werdende Terrororganisation Islamischer Staat. Die Gewalt eskaliert, als der IS 2014 einen Genozid an den Jesi-

den im Shengal verübt. Kurz danach verteidigen die syrisch-kurdischen Volksverteidigungseinheiten erfolgreich Kobanê, 2017 erobern sie mit Rakka den wichtigsten Stützpunkt des IS. Mit der internationalen Anti-IS-Koalition aber gelingt es, die Terrormiliz zurückzudrängen. Damit steht plötzlich rund ein Drittel Syriens unter Kontrolle der Selbstverwaltung, wesentliche Teile sind arabische Gebiete.

Begleitet und getragen wird das Ganze durch den Versuch, ein unabhängiges und demokratisches Gemeinwesen aufzubauen. Unter Beteiligung aller ethnischen und religiösen Minderheiten – nie ohne Kritik verschiedenster politischer Gruppen in der Region – wird ein „Gesellschaftsvertrag“ aufgesetzt und die Autonome Selbstverwaltung Nordostsyrien ausgerufen. Verwaltungsstrukturen werden mit dem Ziel aufgebaut, alle gesellschaftlichen Bereiche nach den Ideen des demokratischen Konföderalismus und auszurichten. Leitende Prinzipien sind Mitbestimmung, Minderheitenrechte und Gleichberechtigung. Es ist dieser, in der gesamten Region einzigartige emanzipatorische Aufbruch, der dem Projekt seine Strahlkraft verleiht – und auch medico von Anfang an Beistand leisten lässt.

Die Erinnerung an den Kampf gegen den IS ist weiterhin lebendig. An vielen Straßenlaternen und Häuserwänden hängen Bilder gefallener kurdische Kämpfer:innen, insgesamt haben über 10.000 ihr Leben verloren. Die meisten

Menschen haben schreckliche Geschichten zu berichten: Geschwister, die im Kampf gefallen sind; Kinder, die auf Minen getreten sind; Freunde, die gefangen wurden und nie wieder aufgetaucht sind. Die Traumata sind präsent – ebenso die Ängste. Denn die Gefahr ist nicht gebannt. Seit der Einnahme des letzten Kalifats Barghuz sitzen 12.000 IS-Anhänger in der Region in Gefängnissen, darunter mindestens 2.000 internationale. Auch in den Flüchtlingslagern leben Tausende Anhänger:innen. Angesichts der Perspektivlosigkeit ist die Sorge vor weiteren Radikalisierungen und neuen Organierungen groß. Die Lage ist explosiv.

Der IS ist da, noch und wieder

Dennoch halten alle, mit denen wir darüber sprechen, an der Hoffnung fest, die Menschen in den Camps von der IS-Ideologie lösen zu können. Mit den begrenzten Mitteln vor Ort können sie allerdings zu wenig tun. Umso wichtiger wären internationale Lösungen und Unterstützung. Die Selbstverwaltung hat zahlreiche Vorschläge und weitreichende Angebote der Kooperation gemacht – von der Rückführung der ausländischen IS-Anhänger:innen über ein gemeinsames Tribunal bis zur Zusammenarbeit bei der Rehabilitierung von IS-Frauen und Minderjährigen. Gehört haben sie damit fast nirgendwo gefunden.

Die Gefahr, die vom IS weiterhin ausgeht, wird bei unserem Besuch des Gwehran-Gefängnisses in Hasakeh deutlich. In dem umgebauten Schulgebäude sitzen unter kurdischer Aufsicht rund 5.000 IS-Kämpfer ein. Wir werden von medico-Partner:innen herumgeführt, die mit den knapp 800 Minderjährigen der Insassen pädagogisch arbeiten. Anfang des Jahres kam es hier zu einem koordinierten Aufstand: Während eine schwer bewaffnete Gruppe IS-Kämpfer von außen angriff, erhoben sich im Inneren die

Inhaftierten. Erst nach Tagen mit vielen Toten und dem Eingreifen von Spezialeinheiten der SDF (Streitkräfte der Selbstverwaltung) sowie US-Militärs konnte die Lage wieder unter Kontrolle gebracht werden. Spuren sind überall sichtbar: eingefallene Wände, ausgebrannte Räume, unzählige Einschusslöcher.

Viele Fronten

Neben dem IS ist es die Türkei, die die Autonomie der Region sabotiert und attackiert. 2018 hat die türkische Armee samt Söldner-Milizen die im Westen gelegene Region Afrin in einer völkerrechtswidrigen Invasion eingenommen, auf ähnliche Weise hat sie ein Jahr lang die grenznahe Gegend Serêkaniyê/Tel Ayad besetzt. Hier wie dort wurde die mehrheitlich kurdische Bevölkerung vertrieben, Zehntausende mussten in anderen Teilen der Region Zuflucht suchen und leben bis heute in Camps. Wir erreichen die Zeltstadt Washokani. Auf den staubigen Straßen im Lager spielen Kinder. Errichtet hat das Camp die medico-Partnerorganisation Kurdischer Roter Halbmond 2019. Noch immer leben hier rund 16.000 Menschen und reiht sich Zelt an Zelt. Gleichzeitig ist einiges anders als bei unserem letzten Besuch vor zwei Jahren. Die einst weißen Planen sind vom Wetter gezeichnet. Vor vielen Zelten sind Bretterschläge gebaut, auch Zäune zwischen den Zelten sollen etwas Privatsphäre schaffen. Die Menschen richten sich ein, notgedrungen.

Internationale Organisationen sind weder in Washokani noch in dem Camp der Flüchtlinge aus Afrin, in Sheba, tätig. Die lokalen Helfer:innen vor Ort mahnen neben Unterstützung eine politische Lösung an. Hinter die Forderung, dass die türkischen Söldnergruppen aus den besetzten Gebieten abziehen müssen und die Vertriebenen wieder zu ihrem Zuhause, in ihre Häuser und auf ihren Boden zurückkehren

können, weicht hier niemand zurück. In der gleichen Überzeugung wird auch daran festgehalten, dass die im Zuge der Okkupation begangenen Verbrechen eines Tages verfolgt werden. Dafür setzt sich auch die „Right Defense Initiative“ ein. Über 400 Fälle hat die medico-Partnerorganisation in ihrem gut gesicherten Archiv bisher dokumentiert, von Landraub bis Folter. Doch auch dieser Ruf nach Gerechtigkeit verhallt international bisher.

Unter Beschuss

Wir besuchen Mohamed Hasan Hamon in seinem Zelt. Der Bauer lebt mit seiner Frau und Kindern seit über einem Jahr in dem Flüchtlingslager. Er zeigt uns Fotos von seinem Haus in einem kurdischen Dorf in der Nähe von Serêkaniyê. Dann kam der Krieg. Als die Kämpfe begannen, floh er mit seiner Familie. Als sie abgeflaut waren, kehrten sie zurück. Das erwies sich als Fehler. Denn eines Tages wurde er von Kämpfern einer islamistischen Miliz verschleppt. Sie forderten Lösegeld und folterten ihn. Es dauerte Monate, bis seine Familie das Geld auftreiben konnte. Mindestens 200 Männer seien mit ihm eingesperrt gewesen, alle waren Kurden, erzählt er.

Die Vorstöße des IS, die aktuell im Schatten des Ukraine-Krieges wieder unverhohlenen Drohungen Erdogans einer neuerlichen Invasion: Auch im zehnten Jahr bleibt Rojava eine bedrohte Region. Oft kommt die Gefahr aus der Luft. Seit Monaten gibt es türkische Drohnenangriffe, die auch zivile Ziele treffen. Das Rojava Information Center spricht allein in diesem Jahr von über 40 solcher Attacken. Hinzu kommt der fortwährende Granatenbeschuss aus den von den radikalislamistischen Milizen besetzten Gebieten wie auch von jenseits der türkischen Grenze. Am 22. April schlugen Geschosse im Zentrum von Kobanê ein, in der

Stadt Tel Refat wurde eine Frauenklinik getroffen. All das erzeugt eine ständige Unsicherheit. Eine Kritik aus Europa an den Droheneinsätzen ist kaum zu vernehmen, auch die Mächte mit Lufthoheit vor Ort, Russland und USA, lassen die Türkei gewähren. Die Sicherheit der Menschen in Rojava scheint den Preis einer Intervention nicht wert.

In Qamişlo treffen wir Dr. Sherwan Bery vom Kurdischen Roten Halbmond. 2012 aus einer Initiative von Medizinstudierenden und Ärzt:innen entstanden, hat dieser sich mit über zweitausend Mitarbeiter:innen zur bedeutendsten Nothilfeorganisation in Nordostsyrien entwickelt – und zur wichtigsten medico-Partnerorganisation vor Ort. Im Mittelpunkt steht der Aufbau einer Gesundheitsstruktur, die eine kostenlose Gesundheitsversorgung für die gesamte multiethnische Bevölkerung sicherstellen soll. Das ist nirgendwo einfach. In Rojava aber ist es eine Sisyphusarbeit. Immer wieder wurden Krankenhäuser und andere mühsam aufgebaute Infrastrukturen zerstört, musste Nothilfe unter Beschuss geleistet werden und waren neue Engpässe zu überbrücken. Und dann erreichte das Coronavirus auch diesen Teil der Welt. Gleich zu Beginn wurden eigene Covid-Krankenhäuser errichtet und weitreichende Präventionskampagnen umgesetzt, erinnert sich Dr. Sherwan Bery. Trotzdem hat die Pandemie tiefe Spuren gezogen. Tausende sind gestorben. Das lag vor allem an fehlender medizinischer Ausstattung, so Bery. Bis heute ist nicht einmal jede:r Zehnte gegen das Coronavirus geimpft. Mehr Impfstoffdosen hatte die Welt für die Region nicht übrig.

Die ausbleibende Unterstützung in der Pandemie hat einmal mehr bestätigt, wie schleppend die Zusammenarbeit zwischen der Selbstverwaltung und der WHO sowie anderen UN-Organisationen läuft. Die internationalen Organisationen sitzen in Damaskus und sind

an Absprachen des Assad-Regimes gebunden. Das Regime weiß um die Abhängigkeit der Region und nutzt sie. Expert:innen zufolge hält die syrische Regierung immer wieder lebenswichtige Hilfe zurück. Seit Jahren wird diese Instrumentalisierung von Hilfsleistungen kritisiert. Geändert hat das nichts. Darunter leidet auch die elementare Arbeit des Kurdischen Roten Halbmonds. Würde er international als eigenständiger Akteur anerkannt, könnten Hilfsgüter schneller und effektiver ankommen. Doch seit Jahren wird der Organisation der Zugang zu internationalen Nothilfe-Netzwerken verwehrt. Da Rojava völkerrechtlich zu Syrien gehört, soll es eine offizielle Zusammenarbeit nicht geben.

Das Warten auf Regen

Viele Probleme begleiten Rojava von Anfang an. Eine neue Krise aber zeichnet sich ab. Wir fahren an weiten grünen Feldern vorbei. Der Nordosten Syriens gilt als „Kornkammer“ des Landes. Der Blick unserer Begleiter auf die Weizenfelder aber wirkt sorgenvoll. Denn der Regen bleibt aus. Schon die vergangenen beiden Jahre waren viel zu trocken. Mit der Trockenheit hat die Klimakrise Rojava erreicht. Allen Prognosen zufolge werden Dürren und Hitzewellen die landwirtschaftlich so attraktive Region allmählich austrocknen. Verschärft wird das ganze durch die Wasserpolitik der Türkei. Um die Selbstverwaltung unter Druck zu setzen, drosselt der feindlich gesinnte Nachbar immer wieder die Wasserzufuhr in die Region. Rojava bleibt nur das, was der Region fast immer bleibt: zusammenzustehen. Landwirte arbeiten in Kooperativen zusammen und unterstützen sich gegenseitig beim Bau von Bewässerungsanlagen oder dem Betrieb der Brunnen. Auch die Selbstverwaltung tut, was sie kann. So wurde im Winter eine Ration Diesel bewusst nicht an die Bevölkerung verteilt, son-

dern an die Landwirte, damit sie ihre Brunnen betreiben können.

Zehn Jahre Rojava, das bedeutet zehn Jahre Selbstbehauptung. Trotz aller Angriffe und inmitten autoritär-repressiver Mächte hat sich das Projekt seinen „demokratischen Geist“ bewahrt. Gleichzeitig bleibt ihm bis heute eine politische Perspektive verwehrt. So ist die Selbstverwaltung noch immer von den internationalen Syrien-Verhandlungen ausgeschlossen. Wie die UN wollen die meisten Staaten von „offiziellen Beziehungen“ nichts wissen. Ausnahmen sind Länder wie Finnland oder Schweden, die eine eigene Praxis der Zusammenarbeit entwickelt haben. Ausgerechnet diese Länder aber sind in ihrem neuen Wunsch, der NATO beizutreten, auf die Zustimmung der Türkei angewiesen. Auch im zehnten Jahr bleibt es dabei: Der Zukunft Rojavas werden immer neue Steine in den Weg gelegt.



Anita Starosta, bei medico in der Öffentlichkeitsarbeit für die Türkei, Nordsyrien und den Irak zuständig, hat die Partner:innen in Rojava in den vergangenen Jahren mehrfach besucht, zuletzt im Frühjahr dieses Jahres.

Zehn Jahre nach der friedlichen Übernahme Kobanês möchten wir gemeinsam mit Weggefährt:innen zurück-, aber auch nach vorne schauen: Die Konferenz „10 Jahre Rojava. Vom demokratischen Experiment zum Hoffnungsträger einer Region“ wird am 10./11. September 2022 im Frankfurter medico-Haus stattfinden [siehe auch Seite 60].

Spendenstichwort: Rojava

Von den Barrikaden zur neuen Verfassung

Chile stimmt am 4. September über die wohl weltweit progressivste Verfassung ab. Wie kam sie zustande und was steht drin?

Von Katja Maurer und Mario Neumann

Es sind höchstens fünf Minuten Fußweg von der Moneda, dem Präsidentenpalast, bis zum Kongressgebäude. In Santiago de Chile hatte das vor dem Militärputsch 1973 Sinn gemacht. Dem Präsidenten wurde unmittelbar das Parlament an die Seite gestellt. Diese Symbole einer parlamentarischen Demokratie machte Diktator Pinochet gleich zunichte. Das Parlament, nur noch ein schwacher Abklatsch seiner selbst, wurde in ein monströses, an Nazi-Architektur erinnerndes Gebäude nach Valparaíso verlegt und entmachtet. Die Moneda aber ließ Pinochet in eine Ikone diktatorischer Herrschaft verwandeln.

Heute ist das einstige Parlamentsgebäude, das mittlerweile den offiziellen Namen „Ex Congreso“ trägt, zugleich Schauplatz einer Wiedergutmachung und eines Aufbruchs. Im Kongress tagt die Verfassungsgebende Versammlung. Die in Personenwahl gewählten Abgeordneten repräsentieren eine chilenische Gesellschaft, die sich in vielen Kämpfen und zuletzt im Herbst 2019 in einem monatelangen Aufstand um einen Bruch mit der kolonial geprägten neoliberalen Ordnung bemüht. Nach dem Aufstand soll nun eine neue Verfassung die Forderungen des Aufstands institutionalisieren.

Bei unserer Reise im März dieses Jahres konnten wir diesen Prozess und die damit verbundene Umkehrung der symbolischen Ordnung direkt erleben. Während im Gebäude die Vertreter:innen eines möglichen neuen Chiles tagten, standen vor der Tür die Vertreter der alten Elite, die sich entmachtet fühlt. Aus Lautsprechern drang die Folklore des althergebrachten Patriotismus. Huasos, Herren mit breitkrempigem Hut und Banderole in den chilenischen Nationalfarben, schrien lauthals gegen die Veränderung der Verfassung an. Chilenische Flaggen wehten überall. Diese Flaggen hatte der Aufstand durch die Mapuche-Fahne ersetzt. Die Huasos, eine chilenische Cowboy-Ausgabe, aber schicker und reicher, verteidigten vor der Verfassungsgebenden Versammlung ihr „Recht auf den Rodeo“, das Zureiten und Zuschandereiten des Viehs. Es ist eine von vielen kleinen und großen Kampagnen gegen das Neue.

Wie geht das?

Im Kongressgebäude treffen wir auf energiegeladene junge Leute, viele junge Frauen, die entweder selbst Abgeordnete sind oder für Abgeordnete arbeiten. Im Garten sitzen Grüpp-



Foto: REUTERS/ivan Alvarado

Die Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung beim Fototermin zu Beginn des Prozesses. Inzwischen haben sie ihren Entwurf vorgelegt.

chen um Computer und beratschlagen. Bis auf die Vertreter der alten Elite, schlaksige Herren in teuren Anzügen, kennen sich alle hier und verweigern jede Kleidungs-Etikette. Ein Hund läuft herum ohne Leine und erinnert an den Matapaco. Matapaco, frei übersetzt „Carabine-ro-Fresser“, griff während des Aufstands immer wieder die Polizei an und gesellte sich freundschaftlich zu den Aufständischen. So wurde der Hund zum beliebtesten Symbol des Aufstands.

Die politische Arbeit an der neuen Verfassung ist mittlerweile abgeschlossen. In sieben Kommissionen, die sich unter anderem mit dem politischen System, den Grundrechten, der Umwelt und den Naturrechten, aber auch mit wissensbasierten Systemen und der Kultur beschäftigen, wurden die Verfassungsartikel

ausgearbeitet. Diese mussten im Plenum der gewählten Abgeordneten mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. So sind in einer Rohfassung 499 Artikel entstanden. Nach deren Überarbeitung durch eine „Harmonisierungskommission“ wird am 4. September das Referendum stattfinden: Alle Bürger:innen ab 16 Jahren sind zur Abstimmung verpflichtet und können so über die Annahme des finalen Textes entscheiden.

Der nun vorliegende Vorschlag unternimmt den Versuch, die indigenen Völker Chiles in ihre Rechte zu setzen und den Staat zu dekolonisieren; ein paritätisches Recht einzuführen, das von der Gleichheit der Geschlechter und geschlechtlicher Selbstbestimmung ausgeht; eine Reform des politischen Systems vorzunehmen, das die politische Macht weg vom

Präsidenten hin zum Parlament verstärkt; einen Rat der Regionen statt eines Senats zu schaffen und damit die Dezentralisierung des Staates zu priorisieren. Die demokratischen Zugewinne der neuen Verfassung bestehen vor allen Dingen im Gleichheitsgebot, das allen Unterfangen unterliegt, und so noch in keiner Verfassung der Welt steht. Das könnte umwälzende Folgen in allen Institutionen des Landes haben, da es – wenn das „Apruebo“ („Ich stimme zu“) gewinnt – eine geschlechter-paritätische Besetzung verlangt. Auch legt der Entwurf Chile als „sozialen und demokratischen Rechtsstaat“ fest. Chile, so heißt es im ersten Absatz von Artikel 1, ist „plurinational, interkulturell und ökologisch“. Mit dieser neuen Verfassung würde die Pinochet-Diktatur und das Paradigma des Neoliberalismus, der in Chile seinen Ausgang nahm, ad acta gelegt.

Doch wichtig ist nicht nur das, was nun schwarz auf weiß geschrieben steht und vielleicht so etwas wie eine der ersten Verfassungen der Welt ist, die von den jüngsten sozial-ökologischen, feministischen und dekolonialen Kämpfen geprägt ist. Ebenso wichtig ist der dahinterstehende demokratische Prozess vom Aufstand bis zur permanenten Diskussion über die Zukunft eines Landes und seine künftigen Spielregeln. Während die Rechte schon parallel zur noch tagenden Constituyente gegen alle Veränderung mobilisierte, tagte diese manchmal bis in die Nachtstunden. Die Versammlung wanderte von Ort zu Ort, um dort lokale Anhörungen durchzuführen. Sie bearbeitete nicht nur die vielen Vorschläge, die die einzelnen Kommissionen erhoben hatten, sondern auch die Vorschläge aus der Bevölkerung. So hatte jede:r chilenische Bürger:in sieben Stimmen, um Verfassungsinitiativen außerhalb der Constituyente zu unterstützen. Ab 15.000 Stimmen mussten die eingebrachten Vorschläge dort verhandelt werden.

Ein immer noch mächtiger Gegner

Die alte chilenische Elite und die rechten Parteien wissen schon lange, dass sie die neue Verfassung ablehnen werden. Mit dem Tag ihrer Ausarbeitung begann ihre von Fake News und Populismus geprägte Gegen-Kampagne. Nicht einmal ein Drittel der 155 Mandate und somit nicht einmal die Sperrminorität konnten sie bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im April 2021 erreichen. In den sozialen Medien waren die Abgeordneten der Constituyente ständig damit beschäftigt, den Stand der Verfassungserarbeitung zu erläutern. Die Rechte hat hingegen mit ihrer Ablehnung eine einfache Botschaft und besitzt die Kontrolle über die wichtigsten Medien.

Die alte Verfassung setzt den Vorrang privater Dienstleistungen vor allen öffentlichen. Nur wenn kein privates Unternehmen Dienstleistungen anbietet, darf die öffentliche Hand überhaupt aktiv werden. Die Privatisierung alles Öffentlichen von der Bildung über die Rente bis zum Gesundheitswesen hat quasi Verfassungsrang. So ist in Chile nicht nur das Wasser von allen seinen Quellen an privatisiert (über die Dramatik der hieraus folgenden Wasserknappheit berichteten wir bereits im letzten Rundschreiben), sondern auch die gesamten Fischbestände des Landes. 4.000 Kilometer Küste ist in privater Hand.

Verfassung sticht Neoliberalismus?

Auch in anderen Ländern Lateinamerikas haben verfassungsgebende Prozesse stattgefunden. Während in Ecuador und Bolivien vor allem die dekolonialen Elemente der neuen Verfassung durch eine starke indigene Bewegung und deren Aufstände durchgesetzt wurden, trug der Aufstand in Chile allgemeinen Charakter über alle Herkünfte hinweg. Die Con-

stituyente hat etwas von der Versammlung des dritten Standes und konnte so vielleicht nur gegen die Elite durchgesetzt werden, weil diese die Wahlerfolge der progressiven, linken und populären Kräfte so nicht hat kommen sehen. Einer der wichtigsten Lateinamerika-Forscher, der Portugiese Boaventura de Sousa Santos, sieht in diesen Versuchen, über eine neue Verfassung eine Neugründung des Staates zu schaffen, einen un abgeschlossenen Prozess der Nationenbildung. Es handle sich um einen „experimentellen Staat“, der sowohl eine Verfassung der Bürger:innenrechte zur Grundlage hat als auch kollektive Rechte insbesondere der durch den Kolonialismus unterdrückten indigenen Bevölkerungen formuliert.

Dass dies eine Gratwanderung ist, braucht man den Chilen:innen nicht zu sagen. Vom ersten Tag seiner Präsidentschaft an war Gabriel Boric mit den eskalierenden Konflikten in der Mapuche-Region beschäftigt. Die Rechte setzt in ihrer Kampagne gegen die Verfassung auf alte koloniale antiindigene Muster, während der Streit in Südchile, von dem wir im letzten Heft berichteten, nicht durch verbesserte kulturelle Rechte geschlichtet werden kann. Eine Enteignung der Forstwirtschaft und die Rückgabe ganzer Landstriche an die Mapuche wären nötig. Aber sind solche radikalen politischen Schritte auch durchsetzbar? Und vor allem: Lässt sich der Neoliberalismus tatsächlich mit einer nationalen Initiative „abschaffen“, wo er doch global operiert und abgesichert ist?

Die Antwort auf beide Fragen lautet „Jein“. Wenn das Referendum am 4. September gewonnen und die neue Verfassung angenommen wird, ist die Transformation des Neoliberalismus ganz sicher nicht abgeschlossen. Sie wird Jahre dauern – ganz zu schweigen von den Grenzen, die ihr gesetzt sind. Dazu zählt die Auflage, die dem Prozess von vornherein gesetzt war: dass die neue Verfassung inter-

nationale [Freihandels-]Abkommen nicht an-tasten darf. Dabei ist Chile mit über 20 solcher Verträge weltweit einer der Spitzenreiter. Dennoch setzt die neue Verfassung an die Stelle des Verfassungsranges des Neoliberalismus und seines brutalen Staates neue Institutionen, die der Umwelt, den Menschenrechten, dem Feminismus und dem Plurinationalen verpflichtet sind. Vielleicht ein Anfang vom Ende und eine Inspiration für die politische Vorstellungskraft weltweit, ausgerechnet im Geburtsland des Neoliberalismus. In diesen düsteren Zeiten ist das eine ganze Menge und jede Unterstützung wert.



Mario Neumann schrieb mit Katja Maurer bereits im letzten Rundschreiben über ihren gemeinsamen Chile-Aufenthalt. Er ist bei medico für die Südamerika-Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

medico unterstützt ab sofort mit einer Spendenkampagne Organisationen in Chile, die in der aktuellen Verfassungsdebatte eine besondere Rolle spielen: Dazu zählen u.a. die Umweltorganisation MODATIMA, die gegen die Privatisierung des Wassers kämpft und die Fundación Nodo XXI, die sich 2012 im Zuge der Studierendenproteste gründete. Nodo XXI versteht sich als Thinktank für linke, progressive Politik und vernetzt Akteur:innen aus Politik, Bewegung und Zivilgesellschaft.

Spendenstichwort: Chile



Tief im Westen



Am Bahnhof von Uschgorod, der Hauptstadt Transkarpatiens, sind zu Kriegsbeginn Tausende Menschen aus den umkämpften Gebieten angekommen.

Im ukrainischen Transkarpatien haben Hunderttausende Menschen Zuflucht gefunden. Lokale Initiativen organisieren landesweit Hilfe. Ein Reisebericht

Von Moritz Krawinkel

Wir erreichen die ukrainische Grenze an einem kleinen, verschlafenen Übergang im ländlichen Nordwesten Rumäniens. Erst auf der rumänischen, dann auf der ukrainischen Seite werden die Pässe eingesammelt, wir bekommen sie mit einem kleinen Stempel auf der letzten Seite des Passes zurück. Wir können in ein Land im Krieg einreisen. In diesen Frühlingstagen wirkt die Landschaft mit ihren bewaldeten Hügeln und dem Blick auf die schneebedeckten Berge der Karpaten idyllisch. Transkarpatien blieb bislang weitestgehend von russischen Angriffen verschont.

Immer wieder fahren wir an Werbetafeln der ukrainischen Regierung vorbei. Heroisch dreinblickende Soldaten rufen zur Unterstützung der Armee auf. Viele Tankstellen sind verlassen, an anderen haben sich lange Schlangen gebildet, um das rationierte Benzin tanken zu können. Wir sind auf dem Weg nach Zeleny Hay, zu dem Hof des europäischen Kooperativen-Netzwerkes Longo Mai in der Nähe des Dorfes Nischnje Selischtsche, mit dem wir bei der Hilfe für Binnenflüchtlinge zusammenarbeiten.

Gegründet wurde das Netzwerk Anfang der 1970er-Jahre von Jugendlichen aus zehn europäischen Ländern, die dem repressiven Klima in den Städten nach 1968 entflohen und vom Land aus eine gesellschaftliche Alternative jenseits von Kapitalismus, Leistungsdruck

und Nationalismus aufbauen wollten. Privates Eigentum an den Produktionsmitteln gibt es nicht, auch keinen Lohn für die Arbeit am Gemeinschaftsprojekt. Mittlerweile gibt es Longo Mai in Frankreich, Österreich, Schweiz, Rumänien und Deutschland. Seit 1989 ist die Kooperative auch in Transkarpatien. Zwischen zwei Wäldern haben sie hier einen Hof aufgebaut, aus dessen ökologischer Produktion sie Fleisch und Apfelsaft verkaufen, Gemüse und andere Erzeugnisse für den Eigenbedarf anbauen. Wie an den anderen Standorten auch, bringen sie sich zudem in den Erhalt und die Stärkung der regionalen, ökologischen Landwirtschaft ein. So wurde unter anderem eine Käserei gegründet, die Milch-Überschüsse von den Menschen aus dem Dorf annimmt. Viele hier halten nur eine Kuh für den Eigenbedarf.

Seit Kriegsbeginn hat die Bevölkerung von Nischnje Selischtsche stark zugenommen: 1.400 Binnenflüchtlinge sind in den vergangenen Wochen hier angekommen. Insgesamt haben in Transkarpatien etwa 380.000 Menschen Schutz gefunden, so viele wie nirgendwo sonst in der Ukraine. Das zeigt sich auch auf Zeleny Hay. Zu den sechs Bewohner:innen, die sich hier um Gemüseanbau, Schweine, Ziegen, Hühner, ihre Gärten und Obstbäume kümmern, gesellten sich junge Leute aus Kiew, die Tochter einer befreundeten Familie und Mitglieder von anderen Longo-Mai-Höfen in Westeuropa.

Alle packen mit an – oder beteiligen sich an der Hilfe, die Longo Maï seit Kriegsbeginn für Flüchtlinge und Eingeschlossene in der Zentralukraine und im Osten des Landes organisiert. So ist auch Sergej aus Kiew hier gelandet, der eigentlich ein kleines Unternehmen im Lebensmittelbereich führt. Unsere ukrainische Übersetzerin, die ebenfalls aus Kiew stammt, nennt ihn konsequent Serhij und markiert damit das veränderte Verhältnis zur russischen Sprache in der Ukraine, spätestens seit Beginn des russischen Angriffs. Der junge Mann erzählt, dass er russischsprachig aufgewachsen ist und erst spät in der Schule Ukrainisch lernte. Auch seine kleine Tochter spricht zu Hause Russisch. Aber seit Kriegsbeginn wechseln viele Russischsprachige ins Ukrainische, auch wenn es ihnen eigentlich sprachlich fremd ist. Der Krieg zerstört auch die Bilingualität des Landes.

Historische Vielstimmigkeit

Transkarpatien, die südwestlichste Region der Ukraine, teilt eine Grenze zu Polen, zur Slowakei, Ungarn und Rumänien. Durch die Bergkette der Karpaten getrennt vom Rest des Landes war der Nationalismus hier immer schwächer ausgeprägt als beispielsweise in der Westukraine. Dass Transkarpatien in den letzten hundert Jahren zeitweise zu Ungarn und damit zur Habsburger Monarchie, zur Tschechoslowakei, wieder zu Ungarn und bis zur Unabhängigkeit der Ukraine 1992 zur Sowjetunion gehörte, trägt seinen Teil zur vielstimmigen Identität der Region bei. Bis heute ist insbesondere Ungarisch als Umgangssprache in ganz Transkarpatien verbreitet. Nicht mehr gesprochen wird Jiddisch. Mit dem Holocaust wurden die jüdischen Gemeinden Transkarpatiens, die bis 1941 noch die drittgrößte Bevölkerungsgruppe nach Ukrainer:innen und Ungar:innen stellten, ausgelöscht. Über 70.000 Rom:nja leben in hundert Siedlungen in den Randgebieten einiger

Orte der Region. Und in den grenznahen Dörfern finden sich nationale Minderheiten, die sich auch dem jeweiligen Nachbarland zugehörig fühlen, zum Teil auch beide Pässe haben. Grenzüberschreitende Verwandtschaften und Arbeitswege sind hier die Regel.

Nischnje Selischtsche hatte bisher offiziell 2.000 Einwohner:innen. Wie viele es wirklich sind, weiß niemand genau, denn viele arbeiten im Ausland. Lange war das vorwiegend Russland, weil die Arbeitsbedingungen und Entlohnung dort besser waren als in den angrenzenden Gebieten. Bis 2014 bekam die prorussische „Partei der Regionen“ des ehemaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch im Dorf viele Stimmen. Eigentlich hatte der 2010 gewählte Präsident seine Basis vor allem im russischsprachigen Osten des Landes. Als dann 2014 der Aufstand auf dem Kiewer Maidan gegen Janukowitschs Absage des Assoziierungsabkommens mit der EU, die Bindung an Moskau und den fatalen Einfluss der Oligarchen auf die ukrainische Politik begann, blieben viele in Nischnje skeptisch gegenüber dieser Bewegung. Der Einfluss des russischen Fernsehens war nach wie vor groß. Erst als Russland infolge der Flucht Janukowitschs und der neuen prowestlichen Regierung in Kiew begann, die Grenze zur Ukraine stärker zu kontrollieren und den Arbeitsmigrant:innen ihre mitgebrachten Essensvorräte abzunehmen, änderte sich das. Viele aus Nischnje wandten sich seitdem in Richtung ihrer westlichen Nachbarländer, um dort einen Erwerb zu finden.

Notwendige Selbsthilfe

Zurück zu Sergej. Nachdem er seine Familie Ende Februar mithilfe von Longo Maï in Sicherheit bringen konnte, zog er nach Zeleny Hay. Viel Zeit verbringt er allerdings nicht auf dem Hof. Er organisiert Hilfstransporte in den Osten



Sattes Grün auf dem Longo Mai-Hof Zeleny Hay.

des Landes. Insbesondere zu Beginn der Kämpfe beruhte die humanitäre Hilfe für Binnenflüchtlinge und Eingeschlossene komplett auf privaten Initiativen, berichtet er. Große Organisationen oder der ukrainische Staat seien nicht präsent gewesen, als der überraschende Angriff auf Kiew begann. Also haben sich die Menschen selbst organisiert – und vielfach auf das Netzwerk von Longo Mai zurückgegriffen. In Rumänien gab es Kontakte zur Nichtregierungsorganisation Declic, die eigentlich Online-Kampagnen zu verschiedenen politischen Themen betreibt. Mit Kriegsbeginn begann die Organisation, Spenden zu sammeln, um lange Bedarfslisten zu erfüllen, die ihnen von Longo Mai übermittelt wurden. Auf dieser Grundlage konnten fünf große Transporte zusammengestellt werden.

Die Hilfslieferungen – unter anderem Lebensmittel, Medikamente, Schlafsäcke, Powerbanks und Hygieneartikel – seien zunächst nach Kiew gebracht worden, erzählt Sergej, in unmittelbare Nähe der Kampfzone. Hier konnte in einer protestantischen Kirche ein Anlaufpunkt geschaffen werden für Helfer:innen, die in den Trümmern zerstörter Häuser nach Verletzten und Toten suchten. Außerdem wurden Medikamente gebracht und ein Krankenwagen zur Evakuierung Verletzter aus der Kampfzone organisiert. Nachdem die russische Armee schließlich aus der Region abgezogen ist und die Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung sichtbar wurden, fokussierten die Helfer:innen die Lieferung Tausender Lebensmittelpakete mit Produkten von Longo Mai und zugekauften Gütern auf Tschernihiw nahe der belarussischen Grenze. Schon zuvor hätten sie von hier Menschen über Nebenstrecken aus der russisch besetzten Zone in Sicherheit gebracht, berichtet Sergej.

Seit einiger Zeit konzentrieren sich die Aktivitäten der Longo_Mai-Hilfe im Osten nun auf Saporischschja am Fluss Dnjepr, wohin die Menschen aus Mariupol und anderen umkämpften Städten evakuiert werden. 110.000 evakuierte Menschen waren es bei seiner letzten Tour vor wenigen Tagen, erzählt Sergej. Warum sie nicht weiter Richtung Westen fliehen, sondern hier, nur wenige Kilometer von der Frontlinie entfernt ausharren, versteht er nicht. Ihre Autos seien jedenfalls leer zurück in den Westen gefahren. In einer alten Destillerie von Saporischschja haben Helfer:innen, mit denen Sergej Kontakt herstellen konnte, einen halbwegs sicheren Zufluchtsort geschaffen. Mit einem trockenen Keller, Kantine und Sanitäreinrichtungen können hier bis zu 350 Menschen unterkommen. 45 Tonnen Medikamente, Schlafsäcke und Lebensmittel hat Longo Mai hierhin geliefert, genug für einen ganzen Monat.

Normalisierung des Krieges

Am Bahnhof von Uschgorod, der Hauptstadt Transkarpatiens, treffen wir auf Mariana und Anja, die mit einer Gruppe weiterer Frauen Hilfe für ankommende Flüchtlinge organisieren. Und auch hier gab es zunächst keinerlei staatliche Hilfe oder Unterstützung durch internationale Organisationen. So haben die Restaurantbesitzerin und die Innenarchitektin innerhalb kürzester Zeit selbst eine Struktur geschaffen, die Spenden entgegennimmt, Essen kocht und ausgibt, psychologische Hilfe und Beratung für die Weiterreise oder eine temporäre Unterkunft anbietet. Letztere sind knapp in der Stadt mit eigentlich 120.000 Einwohner:innen. Offiziell sind genauso viele Flüchtlinge dazugekommen, in Wahrheit dürften es deutlich mehr sein.

Während wir in der Stadt unterwegs sind, geht mehrfach die Sirene los: eine Warnung vor

möglichen Luftangriffen. Doch die Straßen bleiben voller Menschen, die in Cafés sitzen, einkaufen oder anderen Geschäften nachgehen. Auch unsere Gespräche werden nicht unterbrochen. Nachdem Russland zuletzt auch mit der Bombardierung von Bahnhöfen und Zugtrassen im Westen des Landes begonnen hatte, werden die Warnungen allerdings ernster genommen. Normalität ist ein hohes Gut, an dem die Menschen hier gegen die Angst des Krieges trotz festhalten.



Moritz Krawinkel arbeitet sonst zu Zentralamerika und war auf dieser Reise zum ersten Mal in der Ukraine. Er hofft, dass man das dem Text nicht anmerkt.

UNSERE UKRAINE-HILFE – VOR ORT UND IN DER WELT



Die Organisation **Mirnoe Nebo Kharkova** [dt.: Friedlicher Himmel über Charkiw] wurde von Einwohner:innen gegründet, die nach Beginn des russischen Angriffs in der Stadt blieben. Sie betreiben Großküchen und zwei Bäckereien (nach russischem Beschuss nur noch eine), die bis zu 10.000 Menschen versorgen. Ausgebombte, die in Kellern und anderen Zufluchtsorten unterkommen, werden täglich mit einer warmen Mahlzeit verpflegt. Wer zu Hause bleiben und dort kochen kann, erhält Lebensmittelpakete.



Die Aktivist:innen der **Grupa Granica** helfen Menschen, die über die ukrainische Grenze nach Polen kommen. Sie beraten juristisch, helfen medizinisch und beim Transport. Ein besonderer Fokus liegt auf Schwarzen Menschen, Rom:nja und anderen, die auf der Flucht Diskriminierung erfahren. Bereits seit dem Herbst unterstützt Grupa Granica Flüchtende an der militärisch gesicherten belarussischen Grenze.



Das feministische Netzwerk **FemFund** in Polen unterstützt kleinere Projekte zu sozialer Gerechtigkeit, Umwelt und Feminismus. Seit Beginn des russischen Angriffs engagiert sich FemFund zusammen mit ukrainischen Initiativen für den Schutz und die Rechte von Frauen und Mädchen, Trans-Personen, Black, Indigenous and People of Colour (BIPoC) und Menschen mit Behinderungen. Neben der Nothilfe im Kriegsland werden Geflüchtete in Polen versorgt und psychosoziale und rechtliche Hilfe bereitgestellt.



Das europäische Netzwerk landwirtschaftlicher Kooperativen **Longo Mai** wurde in den 1970er-Jahren gegründet, um die Gesellschaft vom Land aus zu verändern. Seit 30 Jahren gehört auch eine Kooperative im westukrainischen Transkarpatien dazu. Auf der Flucht vor den Kämpfen im Osten des Landes sind Hunderte Menschen auf dem Hof und im benachbarten Dorf gestrandet, die von der Kooperative versorgt werden.

Die Medienmacher:innen des 2018 gegründeten ukrainischen Medienkollektivs **Zaborona** (dt.: Tabu) sind unabhängig von Staat und Oligarchen. Sie berichten über Sicherheitspolitik, Migration, Menschenrechte und organisiertes Verbrechen. Zurzeit informiert Zaborona über die Situation in der Ukraine und dokumentiert Kriegsverbrechen. Mit Hilfsfonds werden Reporter:innen mit Schutzkleidung ausgestattet und kulturelle Organisationen unterstützt.

Die Hamburger Organisation **Asmaras World e.V.** hat BIPoC bei der Flucht aus der Ukraine unterstützt. Jetzt werden die Menschen juristisch und psychologisch betreut und Bleibeperspektiven in Deutschland geschaffen.



In Somalia stärkt die **Nomadic Assistance for Peace and Development** (NAPAD) seit über zehn Jahren die klimaangepasste Subsistenzwirtschaft von Kleinbäuer:innen. Der Krieg in der Ukraine verschärft die schwelende Ernährungskrise am Horn von Afrika: Weizen fehlt, Preise steigen. Zum Schutz der Ernährungssicherheit fördert NAPAD die Verbesserung der Bewässerungssysteme und unterstützt den Ausbau der lokalen Landwirtschaft.

Unterstützen Sie die Nothilfe an den Grenzen und in der Ukraine, auf alten und neuen Fluchtrouten und in anderen vom Krieg betroffenen Ländern mit einer ungebundenen Spende.

Spendenstichwort: medico international

Holocaust und Weltgedächtnis

Ein Gespräch mit der Publizistin Charlotte Wiedemann über Kontexte des Erinnerns, verpasste Chancen und das kolonial geprägte Herrschaftsnarrativ der Geschichte



Foto: Anette Daugardt

Charlotte Wiedemann war über Jahrzehnte eine der profiliertesten deutschen Auslandskorrespondentinnen und hat sieben Bücher veröffentlicht. Das jüngste, „Den Schmerz der Anderen begreifen“, schreibt sich entlang eigener Erfahrungen u.a. aus Tansania, Kambodscha und den baltischen Republiken ein in Praktiken einer anderen Erzählweise von Erinnerung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In Westdeutschland wurden die Verbrechen des deutschen Kolonialismus weitestgehend ausgeblendet. In deinem Buch „Den Schmerz der Anderen begreifen“ berichtest du über den Maji-Maji-Aufstand in Tansania. Was ist daran so bemerkenswert?

In Tansania wird darauf Wert gelegt, nicht von einem Aufstand, sondern von einem Krieg zu sprechen. An diesem antikolonialen Krieg, der

eigentlich in jedes Schulbuch gehört, gibt es zwei interessante Aspekte. Es war ein extrem asymmetrischer Krieg. Auf afrikanischer Seite gab es 200.000 Todesopfer, die nicht nur im Kampf fielen, sondern auch als Opfer der deutschen Politik der verbrannten Erde verhungerten. Die Gesamtzahl der geschätzten Opfer des deutschen Kolonialismus allein in Ostafrika beträgt eine Million. Das schafft ein Bild größerer Nähe zu den NS-Verbrechen, was die quantitative Dimension betrifft. Die Ereignisse in Tansania sind aber auch deshalb so bemerkenswert, weil sich daraus zwei diametral entgegengesetzte Erinnerungskulturen entwickelt haben. Auf der deutschen Seite eine Kultur des Nichterinnerns, des Verschweigens. Im multiethnischen Tansania hingegen war die Erinnerung an diesen Krieg ein wichtiger Teil des Nationbuilding. Besonders interessant erscheint mir auch die Geschichte des mittlerweile verstorbenen tansanischen Historikers Gilbert Gwassa, der in den 1960er-Jahren eigens Deutsch und die Sütterlinschrift erlernt hat, um den deutschen Blick auf dieses Verbrechen nachzuvollziehen. Gilbert Gwassa konnte für seine Doktorarbeit damals in Tansania noch Zeitzeugen interviewen, die als Kinder diesen Krieg und die Repression der deutschen Kolonialherren miterlebt hatten. Ein Zeitzeuge berichtete ihm von den regelmäßigen Hinrichtungen

von Anführern oder Dorfältesten. Dazu mussten sich alle Bewohner:innen des Dorfes einfinden. Die Kinder, darunter der Augenzeuge, wurden in die erste Reihe gestellt. Man erlaubte ihnen nicht einmal, ihren Blick im Rock der Mutter zu verbergen. Sie wurden gezwungen zuzuschauen, wie eine Respektperson ihres Dorfes, ein Mann, den sie kannten, an einem Baum aufgehängt wurde. Sie waren in den Augen der Deutschen keine Kinder, deren Seelen für immer verletzt wurden. Sie hatten mit Kindern des deutschen Kaiserreichs nichts gemein, waren einfach nur Bestandteil des Feindkörpers. Den anderen aus dem gemeinsamen Menschsein auszuschließen, darin bestehen für mich Bezüge zwischen kolonialen und nationalsozialistischen Verbrechen.

Aufseiten der neuen postkolonialen Staaten gibt es auch eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte und Forderungen nach Rückgabe von Kulturgütern und nach Entschädigungen. Die Kolonialmacht verweigert allerdings das Gegenüber, den Echoraum. Ist hier der Entkolonisierungsprozess gescheitert?

Gilbert Gwassa konnte damals Archive in Ostberlin und Potsdam nutzen. In der DDR gab es eine größere Offenheit für die Wahrnehmung der kolonialen Verbrechen. Das hat sich allerdings, soweit ich weiß, wenig auf das Alltagsbewusstsein der DDR-Deutschen ausgewirkt. Die verweigte Anerkennung von Tätergeschichte blockiert heute die Chancen globaler Gemeinsamkeiten, wie sich gegenwärtig am Beispiel des Ukraine-Kriegs zeigt. Da es kein gemeinsam geteiltes Weltgedächtnis gibt, stellt sich die Frage, wie Europa von afrikanischen Ländern fordern kann, mit einem europäischen Land solidarisch zu sein. Von 54 Ländern Afrikas haben 52 eine koloniale Erfahrung.

Die offizielle Erinnerungspolitik taugt dazu, um Deutschland nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch zu einer führenden Macht

des Westens zu machen. Damit einher geht eine Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs – wie jetzt gegen die Documenta-Macher:innen –, der politische Räume und Freiheiten schließt. Wie kommen wir aus diesem erinnerungspolitischen Dilemma heraus?

Ich bin mir nicht sicher, worin genau die Staatsräson in Deutschland besteht. Die Rede von der Sicherheit Israels definiert nicht, welche Form von Sicherheit gemeint ist. Und die Singularität der Shoah, worum die Debatte im Zusammenhang mit den Kolonialverbrechen lange kreiste, wird jetzt mit Putin-Hitler-Vergleichen deutlich infrage gestellt. Selbst die festgeschriebene Erinnerungskultur ist also keineswegs so fest, dass sie sich nicht auch ändern könnte, wenn

Erneut muss Tätergeschichte offengelegt werden. So könnten wir Schritte hin zu einem gemeinsam geteilten Weltgedächtnis gehen.

sich politische Maßgaben ändern. Relevant ist die Frage, ob die Setzung einer Singularität des Holocausts verhindert, dass wir zu einer anderen Art von Weltgedächtnis kommen. Mich hat diese Frage beim Schreiben sehr beschäftigt. Ich habe die Passagen, die sich dieser Frage widmen, immer wieder umgeschrieben. Meine Antwort darauf, so dachte ich, muss den Ort Treblinka aushalten. Es ist etwas anderes, wenn ich mich in Westafrika hinsetze und mich frage, ob das Wort von der Singularität stimmt oder nicht. Letztlich muss die Antwort beide Orte und Erfahrungskontexte aushalten. Meine Schlussfolgerung war, dass ich das nur für meine eigene Person beantworten kann. Mein lebenslanges Erschrecken und Nichtfertigwerden mit den NS-Verbrechen ist für mich persönlich in dem

Wort Singularität aufgehoben. Das ist ein emotionaler, kein wissenschaftlicher Begriff. Und damit anderes Leid abzuqualifizieren, ist ein kolonialistischer, wenn nicht rassistischer Standpunkt, und ein Missbrauch der Shoah.

Du schreibst: „Wer gestern einer postkolonialen Linken vorwarf, sie relativiere den Judenmord, versenkt die Spezifik der NS-Verbrechen in einem wiederentdeckten Antitotalitarismus. Als wolle die Debatte hinter den Historikerstreit von 1986 zurückfallen.“ Singularität der Shoa einerseits und trotzdem eine andere Form der Erinnerungskultur. Wie geht das zusammen?

Ich fühle mich jetzt etwas missverstanden, denn ich will die Singularität ja keineswegs als Dogma gesetzt sehen. Im Gegenteil: als Dogma bewirkt sie zwangsläufig eine Hierarchisierung von Opfern. Und ich habe den Verdacht, dass manche so vehement an dieser These festhalten, weil sie genau diese Hierarchisierung wollen. Dieselben Leute, die eine Einbeziehung der kolonialen Opfer in die Erinnerungskultur mit dem Argument abwehrten, dadurch würde der Holocaust relativiert, befürworten jetzt eine Form von Antitotalitarismus, die Nationalsozialismus und Stalinismus gleichsetzt. Im Historikerstreit von 1986 war es die dezidiert rechte Position, die Judenvernichtung als Nachahmung stalinistischer Verbrechen zu betrachten, als sogenannte „asiatische Tat“. Das hielten wir bis vor kurzem für überwunden. Wenn heute russische Stimmen den Stalinismus als Ursache des Zweiten Weltkriegs bezeichnen, sind das aus meiner Sicht bei allem Respekt für die politische Dissidenz geschichtsrevisionistische Positionen. Ich bin bestürzt, wenn man solche Positionen nun unter einem antikolonialen Blickwinkel gutheißen soll.

Haben wir jetzt also drei Fälle von Historikerstreit? Den von 1986, einen, der um die Frage der Singularität kreist, und nun einen um die in

Osteuropa durch den Stalinismus begangenen Verbrechen und ihrer Bewahrung im kollektiven europäischen Gedächtnis?

Es sind ja weniger Historiker:innen, die hier debattieren. Die von dir genannte Debatte um den vorgeblichen postkolonialen Antisemitismus wurde vor allem von Feuilleton-Redaktionen geprägt, die nicht auf der Höhe der Zeit sind und die aktuelle Forschungslage gar nicht kennen. Sowohl zum kolonialen Charakter des Ostfeldzugs der Wehrmacht wie zur Beteiligung nicht-deutscher Kräfte an der Judenvernichtung in den besetzten Ländern sind seit 1986 wesentliche Erkenntnisse hinzugekommen. Jetzt befinden wir uns in einer neuen Phase, in der alles, was man als Holocaust-zentrierte Erinnerungskultur bezeichnen könnte, infrage gestellt wird. Rechte präsentieren sich heutzutage nicht mehr als Holocaust-Leugner, sondern kapern den Begriff des Holocaust, um sogenannte nationale Unterdrückung zu beschreiben. Der Begriff wird quasi „entjudaisiert“, so bereits in Ungarn, oder wenn in der polnischen Geschichtspolitik vom „Polocaust“ gesprochen wird: polnische Bürger:innen wurden sowohl von Stalin als auch von Hitler umgebracht. Ähnliche Narrative gibt es in einer Reihe mittel- und osteuropäischer Länder. Das stellt alle, die aus der Shoah eine Bürger:innenpflicht ableiten, sie im Gedächtnis zu behalten, vor eine große Herausforderung. Ich halte es deshalb für wichtig, dass man gute universalistische Argumentationen aufbaut.

Wir bleiben noch mal bei der Gefahr der Relativierung. Kann das nicht passieren, wenn alle grausamen Verbrechen der Menschheit in die Nähe des Holocausts gerückt werden und der Begriff quasi auf viele Verbrechen ausgeweitet wird?

Ich plädiere nicht für eine Erweiterung des Begriffes Holocaust. Aber dass damit im Westen ausschließlich die Vernichtung der Juden gemeint ist, hat eine Geschichte, die man kennen

sollte. Bei der Planung des Washingtoner Holocaust-Museums in den 1970er-Jahren gab es eine innerjüdische Kontroverse: Simon Wiesenthal plädierte dafür, dass alle rassistischen Opfer der NS-Verbrechen unter den Begriff Holocaust fallen sollten, also zum Beispiel auch Sinti und Roma und die Leidtragenden der Euthanasie. Wiesenthal kam insgesamt auf elf Millionen Opfer. Eli Wiesel wollte hingegen das Holocaust-Museum auf jüdische Opfer begrenzen und setzte sich damit durch. Über die USA kam die Definition auch nach Deutschland. So entstand im öffentlichen Bewusstsein leider ein großer Abstand zwischen der Judenvernichtung und etwa der Ermordung von Sinti und Roma, die an denselben Orten und – in einer Formulierung Heinrich Himmlers – aus den gleichen Motiven getötet wurden.

Du schreibst ein Nachwort zur Ukraine und warnst darin vor der Relativierung der NS-Verbrechen aus Mitgefühl für die heutigen Opfer. Was meinst du damit?

Wenn verzweifelte Stimmen aus der Ukraine Vergleiche mit Auschwitz ziehen, kann man dies als Apelle an die internationale Öffentlichkeit verstehen – man greift auf die Erinnerung mit dem größten globalen Prestige, mit dem größten Echoraum zurück. Aber wenn zum Beispiel RTL online den Satz „Auschwitz war nichts dagegen“ zu einer Überschrift macht, frage ich mich, was die Motive sind. Schon bei der großen Friedensdemonstration in Berlin gab es die Schilder: Putin ist Hitler, noch vor den Verbrechen in Butscha. Auch der Begriff Vernichtungskrieg war sehr schnell ein feststehender Terminus. Er stand bis dahin für den Vernichtungskrieg der Wehrmacht, der in der Sowjetunion, insbesondere in der Ukraine und Belarus wütete, und zehn Millionen Opfer kostete. Dieser Vernichtungskrieg der Wehrmacht ist in Deutschland auch unter Medienschaffenden zu wenig bekannt. Selenskyj spricht nun vom „totalen Krieg“. Verschiedene Stimmen benutzen

heute mit unterschiedlichen Motiven Gleichsetzungen, die ich für fatal halte. Um das Leid in der Ukraine zu beschreiben, sind sie nicht nötig. Denn das Leid dort spricht für sich.

Im Vorwort zu deinem Buch schreibst du, dass es dir um eine andere Form des Erinnerns geht: „Ein Erinnern für eine Welt, in der es keine Hierarchie von Leiderfahrung mehr gibt und keinen Schmerz, der nicht zählt. Ein Erinnern für eine neue Ethik der Beziehungen und einen Antifaschismus des 21. Jahrhunderts.“ Was meinst du damit?

Eigentlich sollte man genauer vom „historischen Begreifen“ oder von Geschichtsbildern sprechen. Erinnerungskultur ist nicht statisch, sondern eine Geschichte von Kämpfen. In den 1960er-Jahren und noch lange danach bestand die Auseinandersetzung um Erinnerung darin, dass man etwas aussprach, was die Mehrheit nicht aussprechen wollte. Dieser Kampf wird heute fortgesetzt, wenn es um koloniale Opfer geht. Erneut muss Tätergeschichte offengelegt werden. So könnten wir allmählich Schritte hin zu einem gemeinsam geteilten Weltgedächtnis gehen. Das wäre eine neue Ethik der Beziehungen. Was den Antifaschismus des 21. Jahrhunderts betrifft: Es gibt eine aktive antifaschistische zivilgesellschaftliche Kultur, wie sie sich etwa in Hanau nach den Morden zeigt. Sie verlangt beharrlich die Aufklärung über die rechtsradikale Tat und einen anderen Umgang mit den Angehörigen. Ein Antifaschismus des 21. Jahrhunderts wäre eine Verwebung dieser gesellschaftlichen Kultur, die heute vor allem Minderheiten in Deutschland entwickeln, und der großen Aufgabe, aus dem Geist der globalen Gerechtigkeit ein anderes Geschichtsverständnis zu entwickeln.

Das Interview führten Katja Maurer und Steen Thorsson. Das ganze Gespräch ist in Folge #6 des medico-Podcasts Global Trouble zu hören: www.medico.de/podcast

medico aktiv

Gipfeltour

Für das Leben: medico unterstützt Protest gegen G7-Treffen

Ende Juni findet das Treffen der G7-Staaten erstmals seit 2015 wieder in Deutschland statt. Dagegen gibt es eine Reihe von Protestaktionen, die globale Ungerechtigkeit, koloniale Unterdrückung und die wirtschaftliche Ausbeutung des Globalen Südens kritisieren. Während die Gruppe der sieben wirtschaftlich führenden Länder ohne demokratische Legitimation agiert, werden internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen weiter geschwächt. Neben Alternativgipfel, Großdemonstration und Aktionen am Austragungsort in den bayerischen Alpen findet mit medico-Unterstützung im Vorfeld eine Veranstaltungstour statt. Unter dem Motto „Für das Leben – Internationalismus und globale Gerechtigkeit statt G7“ reisen Aktivist:innen aus Mexiko, Honduras, Namibia, Palästina und aus der kurdischen Diaspora durch fast zwei Dutzend Städte Deutschlands und machen dort auf ihre Kämpfe aufmerksam. Auf dem Alternativgipfel spricht medico-Gesundheitsreferentin Anne Jung über globale Ungleichheit und Solidarität in der Pandemie.



Foto: Summit, Germany

Viel Macht findet sich vor dem Alpenpanorama ein.

www.stop-g7-elmau.info

der utopi- sche raum

es geht auch anders! – der utopische
raum im globalen frankfurt
inspiration für emanzipatorisches
denken und handeln

Kosmopolitismus von unten

Symposium der medico-Stiftung zu globaler Demokratie

Können wir noch von Kosmopolitismus reden, wenn der autoritäre Nationalismus blüht? Wollen wir noch Weltbürger:innen sein, wenn „Globalisierung“ wie „Krise“ klingt? Das Symposium „Kosmopolitismus von unten – Annäherungen an eine globale Demokratie“ beruht auf der Überzeugung, dass diese Themen gerade jetzt auf die Tagesordnung gehören: Nicht weniger globale Kooperation ist vonnöten, sondern die intensive Suche nach „gemeinsamen Welten“ und Formen solidarischer Kooperation. Ihr sind die Vorträge, Foren und Lesungen der dreitägigen Veranstaltung gewidmet, die der „Utopische Raum im globalen Frankfurt“ organisiert, ein Zusammenschluss der stiftung medico international mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung und der Frankfurter Rundschau. Die Tagung beginnt mit einem Eröffnungsvortrag der Philosophin Seyla Benhabib am Abend des 1. Oktober in der Paulskirche und findet an den darauffolgenden beiden Tagen im Offenen Haus der Kulturen in Frankfurt-Bockenheim statt, wo das zeitgleich anberaumte Festival „Politik im freien Theater“ einen anregenden Rahmen bietet. Ein Highlight des Symposiums wird darüber hinaus der Abend für die Menschenrechte in Wort und Musik unter dem Titel „Der universelle Kompass“ am 2. Oktober sein, präsentiert vom Frankfurter Ensemble Modern und dem Orchester „Bridges – Musik verbindet“.

www.stiftung-medico.de/der-utopische-raum

Danke dafür

Eine Umfrage zeigt, was medico-Unterstützer:innen erwarten

Jede Organisation würde gerne wissen, ob das, was sie tut und von sich gibt, von denen, die es wollen, auch mitbekommen, verstanden und sogar geteilt wird. Das ist bei medico nicht anders. Also haben wir vor einigen Monaten nach über zehnjähriger Abstinenz wieder einmal eine Umfrage durchführen lassen. Fast 20.000 Fördermitglieder und Spender:innen waren gefragt, mehr als jede:r Fünfte hat geantwortet – schon das ein selten erreichter Wert. Auch alle weiteren Ergebnisse sind außerordentlich. So unterstützen Menschen medico als Hilfsorganisation, gerade weil sie mehr erwarten als Hilfe zu organisieren. Sie schätzen, dass wir unsere Arbeit immer wieder kritisch hinterfragen. Sie erwarten, dass wir Position beziehen. Und Sie wünschen, mit und über medico in politischem Kontakt zu sein. All das ist prima, weil wir es genauso sehen. Erwähnt sei an dieser Stelle noch dies: Mehr als jede:r Zweite gibt an, das rundschreiben „[fast] immer“ zu lesen. Danke auch dafür.



NEU 1



2



3



4



5



6



7



8



9

Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Wir freuen uns, wenn Sie Freund:innen, Bekannte und Kolleg:innen darauf aufmerksam machen. Gerne dürfen Sie unser rundschreiben und alle anderen Materialien auch in größerer Stückzahl bestellen und an Orten in ihrer Umgebung – in Arztpraxen, Cafés oder Buchläden – auslegen. Sie helfen uns und unseren Projektpartner:innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen.

Eine vollständige Liste unserer Materialien zum Bestellen oder Herunterladen finden Sie hier:

www.medico.de/material

NEU 1 Ukraine Global – [8 S.] – Der Flyer im Pocketformat informiert über medico-Hilfe für Menschen unter Beschuss, auf der Flucht, in Dissidenz und entlang der globalen Erschütterungen des Krieges.

2 Flyer und Plakat zur Kampagne #impfsoli
Informationen zur Spendenkampagne. Den Schutz der Impfung kannst du nicht teilen, Solidarität mit denen, die keinen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, geschweige denn zu Impfstoffen haben, schon. Flyer im Postkartenformat und DIN A2-Plakat.

3 Das Recht, nicht gehen zu müssen – [30 S.]
Parallel zur gleichnamigen umfangreichen Studie, die bei der Arbeiterkammer Wien zu beziehen ist, gibt es diese, von medico mitherausgegebene Broschüre. Sie zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, um das „Recht, nicht gehen zu müssen“ zu verwirklichen.

4 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft – [28 S.]
Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

5 Globale Gesundheit – Kurzbroschüre [16 S.].
Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor.

6 medico-rundschreiben 01/22 – [60 S.]
Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

7 medico-Jahresbericht 2021 – [48 S.]
Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

8 Inseln der Vernunft schaffen – Der Flyer informiert kurz und knapp über Ziele und Arbeitsweisen der stiftung medio international und ist auch bestens geeignet, potenziell interessierte Freund:innen und Bekannte auf die Stiftung aufmerksam zu machen.

9 Europa ist Exportweltmeister– 12-seitige aktualisierte Kurzbroschüre zum Thema Fluchtursachenbekämpfung, die die Verantwortung der EU für die Schaffung von Fluchtursachen ins Zentrum stellt. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

Ich bestelle:

_____ Flyer Ukraine Global

_____ Flyer #impfsoli

_____ DIN A2-Plakat #impfsoli

_____ Broschüre: Das Recht, nicht gehen zu müssen

_____ Broschüre: Globale Gesundheit

_____ Broschüre zu Testament und Erbschaft

_____ medico-rundschreiben 01/22

_____ medico-Jahresbericht 2021

_____ Flyer: Inseln der Vernunft schaffen

_____ Broschüre Exportweltmeister

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

kostenlose Materialien bestellen

dass eine Spende in Höhe von _____ € einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

Bitte einsenden an:

medico international

Lindleystr. 15

D-60314 Frankfurt am Main

oder faxen an [069] 43 60 02



Spenden & Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. Über 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende

wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Gemeinsame Spendenaktionen online starten: [Schul-]Feste, Konzerte und andere Veranstaltungen sind in Pandemiezeiten nicht möglich – kommen Sie daher online zusammen und starten gemeinsam eine Spendenaktion. Ob zum eigenen Geburtstag oder zur Unterstützung eines konkreten medico-Projektes: Legen Sie auf unserer Internetseite eine Online-Spendenaktion an und teilen den Link über E-Mail und soziale Medien mit Familie, Freund:innen und Kolleg:innen. Entscheiden Sie selbst über Spendenstichwort, einen Text, ein Foto und darüber, wen Sie einladen. Sie können festlegen, ob die Aktion auf dieser Seite öffentlich sichtbar oder privat ist. Die Spendenaktion ist in wenigen Minuten aufgesetzt. www.medico.de/spendenaktion

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
IBAN DE69 4306 0967 1018 8350 02
BIC GENODEM1GLS



Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international

einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatisch eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden
Andrea Schuldt und Frank van Ooyen
Tel.: (069) 944 38-0, E-Mail: info@medico.de



Zustiftungen, Testamentspenden und Unternehmensspenden
Gudrun Kortas
Tel.: (069) 94438-28,
E-Mail: kortas@medico.de



Spendenaktionen und Kommunikation
Anita Starosta
Tel.: (069) 94438-44,
E-Mail: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

Das medico-rundschreiben endet hier, doch keine Panik! Im Netz können Sie weiterlesen und weiterdenken. Im **medico-Blog** mischen wir uns gemeinsam mit Partner:innen in aktuelle Debatten ein. Mit Beiträgen von **Anne Jung, Radwa Khaled-Ibrahim, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Rudhof-Seibert, Anita Starosta u.v.m.** Unser **E-Mail-Newsletter** hält Sie auf dem Laufenden über Aktuelles und Kampagnen, über unseren **Telegram-Kanal** bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. „**Global Trouble**“ heißt unser neuer **Podcast**, der ebenso den Blick über den Tellerrand unterstützt wie unsere **Social-Media-Kanäle**. Bleiben Sie mit uns in Verbindung! Alle Optionen gibt es unter medico.de/verbinden oder hier:





10 jahre rojawa konferenz 10./11. september 2022 im medico-haus

vom demokratischen experiment zum hoffnungsträger einer region

Am 19. Juli 2012 zogen sich die Truppen des Assad-Regimes aus Kobanê zurück. Kurdische Kräfte übernahmen die Stadtverwaltung und stießen damit die Übernahme auch in anderen Teilen in der Region an. Aus dem demokratischen Experiment, wie medico die Entwicklungen Rojavas lange beschrieb, ist inzwischen eine konföderale und autonome Selbstverwaltung geworden, in der Minderheitenrechte, Gleichberechtigung und Demokratie das Handeln leiten. Zehn Jahre nach der friedlichen Übernahme Kobanês ist es nun an der Zeit, gemeinsam Bilanz zu ziehen und Perspektiven zu diskutieren.

auftaktveranstaltung am 23.07.2022 | 18.00 Uhr | im medico-haus

**weitere informationen und anmeldung:
www.medico.de/10-jahre-rojava**



medico international